

# ROTFUCHS

ZEITUNG DER GRUPPE BERLIN-NORDOST DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Aus den Lebensskizzen unseres 97jährigen Genossen Bruno Laub

## Das Jahrhundertfazit

Der Arbeitersohn, Maschinenschlosser und spätere Lehrer Bruno Laub (Jahrgang 1902) hat jetzt einen autobiografischen Abriss vorgelegt, aus dessen Schlußfolgerungen wir einige Passagen zitieren.

Noch einmal hat das Alte über das Neue den Sieg davongetragen, waren die Strategie und Taktik des imperialistischen „Rollback“ von Erfolg gekrönt. Die Auswirkungen dieser konterrevolutionären Entwicklungen sind - vor allem auch, was die Dritte Welt betrifft - nicht abzusehen. Keiner von uns aktiven und bewußten Marxisten hat je geglaubt, daß wir schon im vollendeten Sozialismus lebten, viele Erscheinungen standen dem entgegen. Uns war klar, daß sich alles in der Phase der Entwicklung befand, daß noch große Anstrengungen nötig waren, um auf allen gesellschaftlichen Ebenen ein wirklich sozialistisches Leben zu entfalten, und daß dieses Entfalten durch Köpfe, Herzen und Hände der Menschen gehen mußte. Wir sahen die Mängel, aber auch die Schwierigkeiten ihrer Überwindung, die Stagnation und die Gefahr, daß manche Erscheinungen zur Erstarrung zu führen drohten. Doch nie stand für uns die Alternative zur Debatte, zur kapitalistischen Gesellschaft zurückzukehren. ( )

Als ich die „Perestroika“ von Gorbatschow in die Hand bekam und las, wurde ich von Seite zu Seite unruhiger. Michail, wohin marschierst du?, war mein wachsender Gedanke. Ja, ein solches oder ähnliches Bild vom Antlitz des Sozialismus, wie er es darzustellen versuchte, schwebte auch uns vor Augen. Veränderungen in dieser Richtung, aber eben in einem langen schwieri-



Bruno Laub

gen Prozeß, bei dem ein Kettenglied nach dem anderen erfaßt werden mußte. Es kommt nicht darauf an, tausend schöne Ideen zu haben, die man gemütlich vor dem Kamin diskutieren kann, sondern gesellschaftsträchtige, durchsetzbare Ideen, bei deren Verwirklichung man von Schritt zu Schritt überlegen muß, mit wem man was gegen wen durchsetzen kann, ohne auch nur einen Augenblick die Existenz des Sozialismus aufs Spiel zu setzen. Ich empfand die Gedanken Gorbatschows als reinen Subjektivismus und darum als gefährlich. Zu denken gibt auch, daß nach 70 Jahren Sowjetunion so schwache marxistische Kräfte vorhanden waren, daß Gorbatschow „seinen Weg“ fast im Alleingang beschreiten konnte. ( )

So wurde also vom Mutterland des Sozialismus der Verfall des Sozialismus eingeleitet und ein sozialistisches Land nach dem anderen in historisch kurzer Frist liquidiert. Selbst wenn der Herbst 1989 anders verlaufen wäre, hätte die DDR sich meines Erachtens unter diesen Bedingungen nicht mehr halten können.

Wenn aber diese Vorgänge im Herbst 1989 als „friedliche Revolution“ bezeichnet werden, so ist das einfach Begriffsmissbrauch. Es war keine Revolution, sondern Rückkehr zur kapitalistischen Gesellschaft, also Konterrevolution. ( )

Aus allen Ecken und in allen möglichen Variationen zetert es heute: „Aufarbeitung der Geschichte“. Meine Meinung: Keiner ist gegenwärtig kompetent und in der Lage - ob Einzelpersonen oder Gruppen, schon gar nicht die vom rachsüchtigen „Revoluz-

Fortsetzung auf Seite 2



<b>Das Jahrhundertfazit</b>	S. 1
<b>Der schwärzeste Tag</b>	S. 3
<b>Der Parteiputsch</b>	S. 4
<b>Schonungslos</b>	S. 5
<b>Der gemeinsame Nenner</b>	S. 6
<b>Zustimmung</b>	S. 7
<b>„Holzmänner, wir haben es geschafft!“</b>	S. 8
<b>Der Verrat hat einen Namen</b>	S. 9
<b>Das Haus am Dammweg</b>	S. 10
* wie „Ami go home“ entstand	
<b>Ein spannender Abend</b>	S. 10
* DKP-Mitgliederversammlung	
<b>Zukunftsaussichten</b>	S. 11
<b>Die ukrainische Lehre für Rußland</b>	S. 12
<b>Ein Herz für Vietnam</b>	S. 12
<b>Fernes China - hautnah</b>	S. 13
<b>3. Treffen von Kommunisten der Balkanregion</b>	S. 14
<b>Ein großer iranischer Revolutionär</b>	S. 14
* Zum Tode des Genossen N. Kianouri	
<b>Die Mär von den Hilfsorganisationen</b>	S. 15
<b>„Einheitlicher Rechtsraum Europa“</b>	S. 16
<b>Soziale Gerechtigkeit - was ist das?</b>	S. 17
<b>Das Flaggschiff</b>	S. 18
* Reporterskizzen (19)	
<b>Beunruhigendes aus Lissabon</b>	S. 19
<b>Nachhilfe für dumme Ossis</b>	S. 19
<b>Am Rande bemerkt</b>	S. 20
* Kunst, Kultur & Politik	
<b>Leserbriefe</b>	S. 21
<b>Vermischtes</b>	S. 24

Fortsetzung von Seite 1

zer“ Eppelmann geleitete Enquete-Kommission -, die Vergangenheit so aufzuarbeiten, daß es den objektiven Tendenzen/Verflechtungen, den vielschichtigen Zusammenhängen und Widersprüchen entspricht. Mir erscheint es als Wahnwitz, wenn Politiker der Alt-BRD, die in ihrem Bereich nicht einmal die faschistische Vergangenheit „aufzuarbeiten“ vermochten - ja es sogar verhindern -, sich heute anmaßen, die Geschichte der DDR aufzuarbeiten. Denen, die dazu berufen wären, ist dieser Weg vorläufig verwehrt. Das sind DDR-Bürger, die nach der Zerschlagung des Faschismus auf allen gesellschaftlichen Ebenen selbstlos ihre ganze Kraft für den Aufbau eines wirklich demokratischen, friedliebenden und humanistischen deutschen Staates einsetzten.

Wir, die wir aktive Mitarbeiter des Versuchs waren, eine humanere Gesellschaft aufzubauen, haben keinen Grund, uns Asche aufs Haupt zu streuen, beschämt niederzuknien vor denen, die heute das Sagen haben. Nicht nur die Akteure dieses Experiments sind die Verlierer; Verlierer ist die ganze Menschheit. (...)

Die von Marx aufgedeckten Gebrechen wirken objektiv weiter und es wird sich im Laufe der Zeit - wahrscheinlich in einem sehr langen Zeitraum - ebenso objektiv eine wirksame Alternativkraft zum Imperialismus entwickeln, die erneut versuchen wird, den Kapitalismus durch eine humane Gesellschaft abzulösen. Gegenwärtig gibt es eine solche Kraft nicht.

Die PDS, die sich nach zwei aufeinanderfolgenden Parteitagssitzungen an zwei Wochenenden im Dezember 1989 aus der SED heraus gebildet hatte, fährt meines Erachtens auf den Gleisen der SPD, deren Entwicklung und Politik ich in 26 Jahren aktiver Mitgliedschaft zur Genüge erlebt habe. Viele Äußerungen ihrer Führer, der Grundton ihrer bisherigen Parteitage deuten darauf hin.

So bedurfte es für mich keiner Überlegung, bald nach der Konstituierung der DKP in Ostberlin die Aufnahme zu beantragen. Von meiner PDS-Basisgruppe schied ich mit den Worten: „Ich möchte bis zum Schluß meines Lebens vor mir selber geradestehen können.“

Der Imperialismus ist eine gewaltige Macht, die er skrupellos einsetzt, wenn es um das Drosseln fortschrittlicher Bewegungen geht; und darin hat er Erfahrung! Eine Alternative zu ihm muß sich schon zu einer entsprechenden Gegenmacht entwickeln, wenn sie Erfolg haben soll. Die kapitalistische Gesellschaft demokratisieren und humanisieren zu wollen, ist und bleibt eine gefährliche Illusion!

Doch davon bin ich überzeugt: Die Ablösung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch eine humanistische Gesellschaft bleibt auf der Tagesordnung oder die Menschheit gräbt sich ihr eigenes Grab.

## LLL-Demonstration

am **Sonntag, dem 9. Januar 2000**, nach Friedrichsfelde.

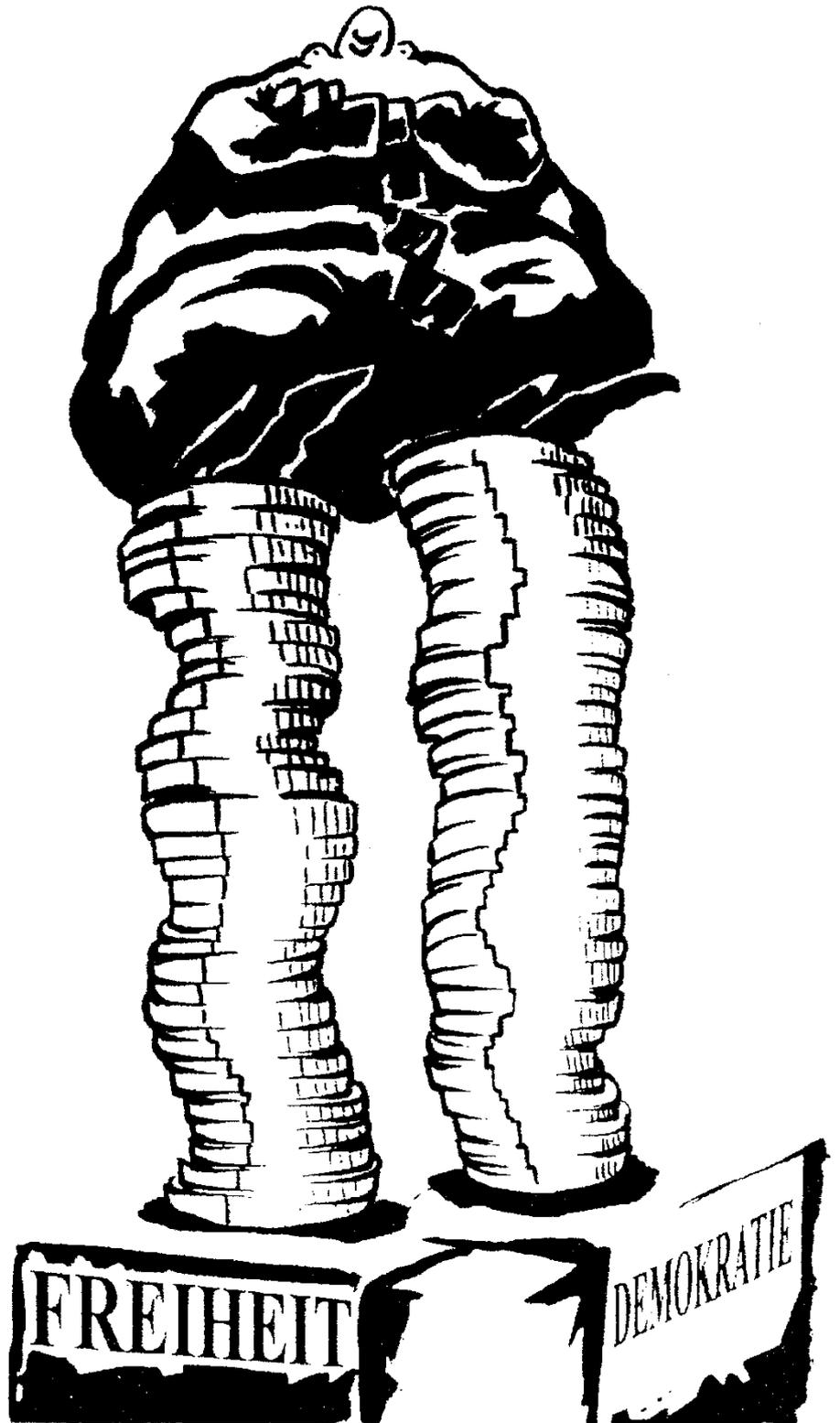
**Abmarsch:** 10 Uhr Frankfurter Allee/Ecke Warschauer Straße.

Am **Vortag, dem 8. Januar:** Spanienkämpfer-Ehrung der SDAJ.

**Ort:** Denkmal der Interbrigadisten im Volkspark Friedrichshain (Friedensstraße). **Zeit:** 12 Uhr.

**Kittner Kommt!** Zentrale LLL-Veranstaltung der DKP am 8. Januar.

**Ort:** Sportforum Weißenseer Weg 51/52 (Amon-Hotel). **Zeit:** 18 Uhr.



Grafik: SHAHAR

**DZ: Als die „Gewaltlosen“ dem Sozialismus Gewalt antaten**

## Der schwärzeste Tag

Am Nachmittag des 4. November 1989 saß ein älterer Mann zusammengesunken auf einer Bank in der Nähe der Weltzeituhr. Er suchte auszuhalten, was ihm an diesem Tag auf dem Berliner Alex widerfahren war.

Abschied mußte er nehmen von 40 Jahren im Herzen getragener Hoffnung, die sich auf die Kenntnis der geschichtlichen Gesetze gründete. Formal und in der Hülle ihrer Institutionen gab es zwar die DDR noch und er befand sich ja auf ihrem Boden -, aber er hatte miterleben müssen, wie sich eine große Ansammlung ihrer Bürger mehrheitlich in unsäglicher Verblendung ihres eigenen Staates entäußert hatte.

Die Gedanken des Mannes gingen weit zurück in die Vergangenheit. Er sah sich als Student im Blauhend mit einem wunderschönen Halstuch beim großen Meeting auf dem Alexanderplatz. Das war bei den III. Weltfestspielen 1951. „Im August, im August blüh'n die Rosen...“, hatte er mit all den anderen in der noch kriegsgezeichneten Stadt gesungen. So einfach und bescheiden das Leben materiell damals war, so unbeschwert reich in ihrem Inneren zeigten sich die jungen Menschen, zukunftsfröhlich und optimistisch. Sie hatten Vertrauen zu sich selbst - „Bau auf, bau auf, Freie Deutsche Jugend, bau auf...“.

Die Gedanken des Mannes kehrten zum eben Erlebten zurück. In welcher anderen Verfassung befanden sich viele der Menschen, die sich gerade von ihrer Zusammenrottung wieder verlaufen hatten! Gut genährt und ordentlich angezogen, waren sie ihm innerlich leer, in ihrem Selbstbewußtsein gestört und zerstört, ohne Perspektive, ihrem eigentlichen, eigenen Wesen entfremdet vorgekommen. So mancher mit von Haß und Hämie verzerrten Zügen.

Der Mann auf der Bank war ich. Rein zufällig an diesem Wochenende aus dem Ruhrgebiet zu Besuch bei meinem in Westberlin lebenden Sohn, hatte ich von der Kundgebung gehört und wollte wissen, was dort geschah. Mein kluger Sohn hatte mich gewarnt und gesagt: „Papa, geh da nicht hin, das ist nichts für dich!“ Rückblickend bleibe ich dabei - es war richtig, daß ich hingegangen bin. Denn vom Krieg kann im Grunde nur reden, wer an der Front war. Vom Hunger kann nur sprechen, wer ihn selbst erlitten hat. Und so sollte von Schande nur reden, wem sie widerfahren ist.

Der Schändung meiner selbst war ich an diesem 4. November '89 ausgesetzt. Erst die Demonstration zum Palast der Republik, den üble Parolen veranstalteten. Die Menge führte transparente und Schilder mit, auf denen SED und DDR verbal bespuckt wurden. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands - es war meine Partei, auch wenn ich ihr nicht angehörte. Die Deutsche Demokratische Republik - es war mein Staat, auch wenn ich nie ihr Bürger war! In nahezu 40 Jahren hatte ich beide in unzähligen Diskussionen und Auseinandersetzungen ver-

teidigt, mich am 17. Juni 1953 und am 13. August 1961 zur Sache des Sozialismus bekannt. Ich war meiner Weltanschauung trotz Gefängnishaft, mehrfacher fristloser Entlassung im Betrieb und Diffamierung im privaten Bereich treu geblieben; auch meine Frau hatte um unseres politischen Engagements willen alle Entbehrungen der Familie tapfer mitgetragen. Und dann wurde an einem einzigen Tag alles niedergetrampelt, wofür man gelebt hatte, in den Schmutz gezogen von den fehlgeleiteten Emotionen der Menschen, für deren Schicksal und Zukunft man all das getan und in Kauf genommen hatte.

Bei dem widerwärtigen Spektakel stand unsere Volkspolizei brav und neutral am Bordstein und sorgte dafür, daß niemand die Demonstration gegen den eigenen Staat beeinträchtigte. Ja, selbst etliche Genossen der Partei befanden sich offenbar in der Menge auf dem Alex - verstört, verblüfft und entwaffnet. Als passive Zuschauer des Geschehens. „Keine Gewalt!“ hallte es von denen über den Platz, die gerade dem Sozialismus Gewalt antaten. Soweit hatten wir es mit „Perestroika“ und „Glasnost“ auf dem Boden der DDR gebracht!

Dann die Reden! Absolut unfassbar, daß sich angesichts des provokatorischen Charakters der partei- und staatsfeindlichen Veranstaltung ausgerechnet der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung, Schabowski, in die Rednerliste eingetragen hatte! Stefan Heym - na ja, da wunderte mich schon lange nichts mehr, hatte er sich doch immer wieder als bevorzugter Interviewpartner den Westmedien angedient. Christa Wolf - ausgerechnet die! Sie erzählte etwas vom künftig „aufrechten Gang“ der DDR-Bürger. Nur Diffamierung war ihr der Staat wert, dem sie alles verdankte! Die „Kirche im Widerstand“ vertrat Herr Schorlemmer aus Wittenberg - Schwamm drüber. Selbst eine bis dahin so menschlich anrührende Gestalt wie Steffi Spira gab sich für eine Schmähere her. Ohne Verstand und Klassenbewußtsein - ahnte die alte Kommunistin denn nicht, welche Leute jenseits des Brandenburger Tores gerade ihr Auftreten ausschlachten würden? Markus Wolf - wir kannten noch nicht seine verschlungenen Wege - stellte sich wenigstens vor die Leute der Staatssicherheit. Dazu viele andere - Geschwätz rauschte an mir vorüber. Heiner Müller forderte „unabhängige Gewerkschaften“ - und wurde dafür sogar ausgepiffen. Schließlich trat ein gewisser Gysi ans Mikrofon - für mich eine völlig unbekannte Größe. Wenn ich geahnt hätte, was der kleine Advokat noch für eine Rolle spielen würde, hätte ich besser aufgepaßt.

Irgendwann war es überstanden, der Platz leerte sich. Wer hatte sich da zusammengefunden? Jedenfalls waren es nicht „die Arbeiter“, das hatte ich gespürt, auch wenn etliche von ihnen darunter gewesen sein mögen. Die Masse - das war der kleinbürgerlich-intellek-

tuelle Schwemmsand der DDR-Gesellschaft, der sich - begünstigt durch die Konzentration von Bürokratie, wissenschaftlichen und künstlerischen Institutionen - besonders stark in Berlin abgesetzt hatte. Die Arbeiter in ihrer übergroßen Mehrzahl ließen es geschehen, daß die anderen sich auch für sie artikulierten.

Bei Beginn der ganzen Angelegenheit war ich mit einem DDR-Bekanntem - einem parteilosen Lehrer - zusammengetroffen, den ich Jahre zuvor in einem Ferienlager für Kinder aus dem Ruhrgebiet kennengelernt hatte. Ein Gespräch zwischen uns war diesmal nicht zustande gekommen. Mir hatte das Geschehen auf dem Alex die Sprache verschlagen und bei ihm war plötzlich nicht mehr die Rede von „meinem Staat“. So lehnte ich eine Einladung, ihn nach Hause zu begleiten, ab und suchte mir den Platz auf der Bank.

Ich war getroffen, schwer getroffen. Bis dahin Unvorstellbares hatte sich ereignet. Die DDR ist am Ende - das war mir klar geworden. Verachtung und Ekel kamen in mir hoch. Zwischendurch immer wieder die Frage: Wie konnte das, dessen Zeuge ich soeben geworden war, passieren? Die Partei - als revolutionäre Avantgarde der Arbeiterklasse nicht mehr existent - nur noch ein Phantom?

In diesem Augenblick half mir die Erkenntnis: „Partei ist da, wo ein Genosse ist!“ Ich war einer, wenn auch ohne Parteibuch. Einer, der viel falsch gemacht hat im Leben - aber niemals hatte ich kapituliert, aufgegeben, mich unterworfen. Damals kannte ich noch nicht das Wort von Mikis Theodorakis: „Das Zentralkomitee bin ich“. Aber in diesem Moment entschied mein „Zentralkomitee“: „Du nicht! Vor dem Klassenfeind hast du nicht die Waffen gestreckt, dann weichst du auch nicht dem Irrwitz der Leute auf der Tribüne und in der Menge!“ Schließlich kam, der Gedanke: Das Ende der DDR bedeutet ja nicht das Ende überhaupt! Ich war schließlich nicht Kommunist geworden, weil es die DDR gab oder die Sowjetunion. In die KPD war ich gegangen, um mich zur Wehr zu setzen gegen das Kapital, das den Faschismus hervorgebracht hatte, um den Frieden zu verteidigen gegen die Kriegsdrohung des Imperialismus!

Und diese Aufgabe stand ja nach wie vor, mit und ohne die DDR! Ich erhob mich und trat den Heimweg nach Westberlin an. Bei der Grenzkontrolle war alles wie immer, als wäre nichts geschehen. Und doch war am Abend dieses für mich schwärzesten Tages nichts mehr so wie am Morgen. Die sich seit langem abzeichnenden Veränderungen hatten eine neue Qualität gesellschaftlichen Seins angenommen - gegen uns.

Zum folgenden Jahreswechsel schrieb ich dem Lehrer, meinem Bekannten aus dem Ferienlager, einen Brief. Er bestand nur aus einem Satz: „Jetzt bekommt Ihr, was Ihr braucht!“ So ist es dann auch geschehen.

**Rolf Vellay**

## War Gregor Gysi der Retter in der Not?

# Der Parteiputsch

Genau vor zehn Jahren fand in der SED ein Parteiputsch statt. Eine Gruppe durch niemandengewählter jüngerer Mitglieder machte auf der Straße Politik, nutzte das bestehende Machtvakuum sowie die Kopf- und Tatenlosigkeit der gelähmten Führungsspitze aus, fegte die bestehenden Leitungsstrukturen - Zentralkomitee und Politbüro - hinweg, etablierte sich selbst als „provisorischer“ Nachlaßverwalter, berief für den 8. und 9. Dezember 1989 einen „Außerordentlichen Parteitag“ ein und nutzte die dort herrschende Verwirrung, um nicht nur den Namen der Partei, sondern auch die Richtung ihres Weges ins Gegenteil zu verkehren.

Das ganze Manöver - der Beginn der Konterrevolution in der DDR - wurde als „friedliche Revolution“ ausgegeben, mit der man zu einem „besseren Sozialismus“ gelangen werde.

Es hätte in der Tat ein revolutionärer Neuanfang - die vorwärtsweisende Überwindung von Stagnation und Vertrauensverlust - sein können, wenn die objektiven und subjektiven Faktoren der Lage andere gewesen wären. Nach der Öffnung der Grenze und der gezielten Diffamierung der DDR-Sicherheitsorgane vor dem Hintergrund sowjetischer „Zurückhaltung“ beherrschten westliche Geheimdienste die Szene. Das durch Manipulation, Verunsicherung und Unzufriedenheit auf den Nullpunkt gesunkene Klassenbewußtsein der Arbeiter und anderer systemtragender Kräfte war eine weitere entscheidende Vorbedingung der sich entfaltenden konterrevolutionären Situation. Andererseits zeigte sich die verbürokratisierte, in sturer Führungsgläubigkeit nach oben starrende Partei mit ihrem kopflastigen Apparat des revolutionären Klassenkampfes entwöhnt. So besaß die SED in der Stunde der Wahrheit keine marxistisch-leninistische „zweite Reihe“, die dazu in der Lage gewesen wäre, an die Stelle der bankrotten Spitze zu treten und das Steuer heranzureißen.

Diese Verkettung äußerst negativer Umstände machten sich Gruppen kleinbürgerlicher Intellektueller mit SED-Mitgliedsbuch und Publicity-Drang zunutze. Haarscharf stießen sie in die bestehenden Hohlräume vor, hüllten sich in die Toga von Rettern der Partei und präsentierten schon bald die ältesten Hüte der antiquiertesten Mode. Auf dem Sonderparteitag in der Dynamo-Sporthalle offenbarten sie erstmals ihr wahres Gesicht. Allein die den sprachlosen Delegierten von Gregor Gysi aufgedrängte Umbenennung in „Partei des Demokratischen Sozialismus“ - ein Standardrequisit aus dem Fundus der SPD - war ein deutlicher Vorboten der schon bald von ihm forcierten Sozialdemokratisierung. Die sofortige Auflösung der Parteistrukturen in Betrieben, Verwaltungen und bewaffneten Organen bildete

den entscheidenden Schlag gegen das Parteikonzept Lenins, dessen Name fortan in der Versenkung verschwand. Ein gravierender Schritt zur Erniedrigung der Partei war die demagogisch-populistische „Entschuldigung für die Politik der SED beim Volk der DDR“.

Erinnert man sich eigentlich noch daran, daß schon kurz nach dem Parteiputsch Gysis Werk über den „Dritten Weg“ - ein weiteres Indiz für seine Absicht, die PDS zu sozialdemokratisieren - auf den Markt kam? Im Dezemberheft 1989 der „Einheit“ war der Parteiputschist Rolf Reißig mit der These aufgetreten: „Schließlich gewinnt für die Erarbeitung einer modernen Konzeption des Sozialismus der Gesellschaftsvergleich mit dem Kapitalismus an Bedeutung. Es gilt, die modernen kapitalistischen Gesellschaften in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens stärker auf ihre fortschrittlichen, für die Gestaltung des Sozialismus anregenden Seiten hin zu untersuchen...“ Es gehe um „den Übergang zu einem Sozialismusverständnis, das den Sozialismus vom Kopf auf die Füße stellt.“ Richtiger wäre gewesen: Von den Füßen auf den Kopf!

Bereits im April 1990 - nur vier Monate nach dem Sonderparteitag, bei dem Gysi im Urteil so manches redlichen Genossen „die Partei gerettet hatte“ - kam ein sehr aufschlußreiches Schulungsmaterial der Kommission Politische Bildung heraus. Es trug den Titel „Zum Selbstverständnis der PDS“. Es könne nicht darum gehen, „eine Doktrin durchzusetzen, sondern mehrheitsfähige Politik anzubieten“, wird dort eingangs für Beliebigkeit geworben. Dann kommt man flugs zur Sache: „Das Konzept einer 'revolutionären Kampfpartei der Arbeiterklasse' ist überlebt ... Denkbar ist, daß mit dem Übergang zum Staatsmonopolismus eine neue Stufe kapitalistischer Verhältnisse erreicht wurde, die neue Spielräume für die Entfaltung der Produktivkräfte öffnete ... Zu untersuchen wäre, ob die hochentwickelten westlichen Industrieländer noch im klassischen Sinne (antagonistischer Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit) kapitalistisch oder ob per Demokratisierung Reformen in Gang gekommen sind, die zu einer sich verbreiternden Eigentümerschicht führen“.

An anderer Stelle heißt es in Gysis Schulungsanleitung in bestem Gorbatschowismus, es sei „deutlicher denn je geworden, daß die Menschheitsinteressen vor den Klasseninteressen stehen ...“ Schon damals wurde auf die künftige Entente mit SPD und CDU abgehoben: „Die Bestimmung der eigenen Identität einer sozialistischen Partei kann und darf nicht in Abgrenzung oder gar Konfrontation zu anderen politischen Kräften definiert werden.“

Logischerweise findet der Klassenkampf in Gysis kleinbürgerlichem Dunstkreis nicht statt. „Die Transformation der Klassenkampfvorstellungen des vorigen Jahrhunderts und der 20er und 30er Jahre in die Gegenwart“ werde von der PDS abgelehnt. „Ein Frontalangriff auf den Kapitalismus führt ins Abseits. Ist er überhaupt richtig?“

Neues weiß Gysis Apparat auch über den Charakter der Epoche zu vermelden: Die marxistische Auffassung, es handle sich seit der Oktoberrevolution um das einen langen historischen Abschnitt umfassende Zeitalter des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, sei eine „grobe Vereinfachung“. Der Marxismus-Leninismus wird von den Parteiputschisten abgelehnt: „Seine Monopolstellung“... habe „zu einer Verarmung des theoretischen Denkens geführt“ und „eine Blockade für neue Ideen“ geschaffen. Es gehe darum, „alles Konstruktive und Realistische anderer Weltanschauungen und Theorien aufzugreifen“, um einen „Konsens“ zu erreichen.

Ausführlich befaßt sich das Schulungsmaterial vom April 1990 mit den geistig-ideologischen Vorvätern der PDS. Von der SED sei „die sozialdemokratische Traditionslinie nur noch einseitig auf August Bebel, die deutschen Linken, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht beschränkt“ worden. Lassalle, Bernstein, Kautsky, Vollmar u. a. sozialdemokratisches Gedankengut repräsentierende Persönlichkeiten fanden nur Erwähnung, indem gegen ihre Auffassungen polemisiert wurde ... Die „gemeinsame Geschichte sollte ... Anknüpfungspunkt für gemeinsame Schritte mit den Sozialdemokraten sein“, heißt es im Lehrbrief der Parteiretter. Die PDS wolle „ein faires partnerschaftliches Verhältnis mit der SPD“ und strebe „nach Zusammenarbeit auch mit anderen Bewegungen“. Soweit gingen die Bries, Gysi, Klein und andere, die mit dem ihnen auf dem Sonderparteitag übergebenen Riesenbesen den „Augiasstall der SED“ ausfegen wollten, schon vor zehn Jahren. Warum haben wir ihnen damals nicht besser auf die Finger geschaut?

Er sei „nur“ in zwei Fragen nicht Marxist, hat Gysi später bekundet: In der Frage der politischen Macht und in der Frage des Eigentums. Darum aber dreht sich bekanntlich der ganze Marxismus. Es ist verständlich, wenn Lothar Bisky heute sagt, er empfinde die alten SED-Genossen in der PDS längst „als Klotz am Bein“. Warum wohl? Weil sie in diesen beiden Kernfragen - der Essenz des Marxismus und auch des Leninismus - den Parteiputschisten und „Hoffnungsträgern“ vom Schicksalserbst 1989 nie gefolgt sind.

S.R.

## Wie die PDS ihr Parteiprogramm „entkernt“

# Schonungslos ...

Das Stichwort gab auch gleich die Richtung vor: „Schonungslos ... die Verhältnisse aufzuarbeiten, die es in der DDR gegeben hat“, forderte Gregor Gysi gleich viermal hintereinander auf dem PDS-Parteitag im Januar 1999. Inzwischen fand er genügend Nachplapperer - vor allem unter Funktionären und Mandatsträgern „höherer Ebenen“. Ein glänzender Rhetoriker wie Gysi weiß sorgfältig mit der Sprache umzugehen. So steht die Wortwahl in einem verräterischen Kontrast zu der Art und Weise, wie er sonst seine politischen Positionen verdeutlicht. Während er in bezug auf den untergegangenen sozialistischen deutschen Staat ein so aggressives Adjektiv bevorzugt, geht er mit der kapitalistischen BRD keineswegs schonungslos ins Gericht. Das läßt Rückschlüsse darauf zu, wohin Gysi und andere PDS-Meinungsführer wollen. Um Mißverständnissen vorzubeugen: Nur Ignoranten sträuben sich gegen eine gründliche Analyse, die Aufschluß über die Ursachen unserer Niederlage gibt - darunter auch die selbstgemachten, weil mit Suchen und Benennen äußerer Gründe allein nur halber Erkenntnisgewinn möglich ist. Wenn wir aber das „Projekt DDR“ ohne Tabus und mit wissenschaftlichem Anspruch auf den Prüfstand stellen, ist jede Einseitigkeit zu vermeiden. Ein solches Abklopfen muß die DDR-Geschichte als Grundlage unserer Identität begreifen und ihren historischen Rang verteidigen. Die Kernfrage lautet also: Wer betreibt wie und mit welcher Absicht Analyse oder - je nach Standort - „Aufarbeitung“ von 40 Jahren DDR-Realität? Cui bono? - Wem nützt es?

Sozialisten werden sich um Klarheit darüber bemühen, welche politischen Entscheidungen und gesellschaftlichen Erscheinungen im Widerspruch zu Grundwerten des Sozialismus standen oder dem Erfordernis dialektischer Anwendung unserer wissenschaftlichen Weltanschauung nicht entsprechen. Ihre „Fehlersuche“ beruht damit im besten Sinne auf einem revolutionären Anliegen.

Gysis vierfaches „Schonungslos“ folgt indes ganz anderen Beweggründen. Es korrespondiert mit einer von ihm oft bemühten Absichtsbekundung - der angeblichen Notwendigkeit des „Ankommens“ in der Bundesrepublik. Der eigentliche Kern dieser „Ankunft“ aber ist folgender: Im Jahre 2002 soll die PDS - so Gysis Forderung - im BRD-Maßstab „koalitionsfähig“, d. h. „bundesregierungskompatibel“ sein. Bis dahin müssen also zwei entscheidende Bedingungen erfüllt werden, ohne die keine politische Partei in diesem imperialistischen Staat in eine Regierung eintreten darf: das

uneingeschränkte Ja zur NATO und die volle Akzeptanz des bestehenden kapitalistischen Systems.

Bekanntlich war die PDS nach der Annexion der DDR ungeheurem Druck ausgesetzt. Das Bonner Establishment ließ kein Mittel aus, um die „SED-Nachfolgepartei“ zu diffamieren, zu diskreditieren und auszuschalten. Unter äußerst schwierigen Bedingungen mußte versucht werden, das politische Überleben der PDS im bundesdeutschen Parteienspektrum zu sichern. Um das zu erreichen, wählte die PDS-Führung von Anfang an den Kurs des Verzichts auf eine sozialistische Alternative. Mit anderen Worten: Sie setzte auf Anpassung. Um „gesellschaftsfähig“ zu werden und sich des Makels eines politischen Schmutzkindes zu entledigen, strebten ihre Vordenker dreierlei Nachweis an. Erstens wollten sie demonstrieren, daß die Partei auf deutliche Distanz zum „DDR-Staatssozialismus“ gehe und dessen „Fehler, ja Verbrechen“ scharf verurteile. Zweitens offerierten sie die PDS als „pluralistische Partei“, die mit kommunistischen Zielen nichts mehr am Hut habe. Drittens stellten sie ihren Willen heraus, die Spielregeln der (bürgerlichen) parlamentarischen Demokratie peinlichst zu beachten, zumal das kapitalistische System der BRD laut André Brie unvergleichlich „demokratischer“ sei als es die DDR je war.

Um den hohen Preis des Verzichts auf eigene Würde ist ein bestimmtes Niveau der Akzeptanz erreicht worden. Inzwischen wird die PDS von Teilen der SPD und der CDU mit dem „Gütesiegel“ einer „dritten Volkspartei“ versehen, was zu forcierter Sozialdemokratisierung und engerer Tuchfühlung mit der CDU anspricht. Bekannt sind diverse Angebote an beide Parteien. Erst unlängst empfahl der mecklenburgische Landesvorsitzende Helmut Holter - Minister in einer SPD-geführten Regierung - seinen Genossen dringend, den Begriff „Systemopposition“ nicht mehr zu verwenden. Parteichef Bisky kokettiert bereits mit dem Gedanken, daß es „in naher Zukunft“ sogar Ministerpräsidenten aus den Reihen der PDS geben wird. Und welch Gleichklang des Denkens offenbart sich, wenn Gysis Bekenntnis zur Berechtigung sozialer Unterschiede wenig später von Schröder in einem Interview mit „Le Monde“ geteilt wird: „Ich denke nicht mehr, daß es wünschenswert wäre, eine Gesellschaft ohne Ungleichheiten zu haben. Das endet mit dem Erdrücken des Individuums“. Nun läuft diese ganze Entwicklung auf einen brisanten Höhepunkt zu. Mit „Thesen zur Programmatischen Debatte“ legte

Unsere Feinde sagen: Der Kampf ist zu Ende.

Aber wir sagen: Er hat erst angefangen. Unsere Feinde sagen: Die Wahrheit ist vernichtet.

Aber wir sagen: Wir wissen sie noch. Unsere Feinde sagen: Auch wenn die Wahrheit noch gewußt wird, kann sie nicht mehr verbreitet werden. Aber wir verbreiten sie.

**Bertolt Brecht**

die PDS-Programmkommission ein Papier vor, das auf ein „Entkernen“ der bislang gültigen strategischen Orientierung der Partei abzielt. Aus dem Parteiprogramm sollen jene Elemente entfernt werden, die noch mit Sozialismus zu tun haben. Ersatzweise wird ein Nebulosum angeboten, das sich nicht mehr gegen den Kapitalismus richtet, sondern lediglich gegen dessen „fortschreitende soziale Entbändigung“, das nicht mehr die Profitgesellschaft infrage stellt, sondern sich nur noch gegen die „Dominanz des Profitstrebens“ wendet. Und im selben Atemzug wird die schonungslose Distanzierung von der DDR zum Grundsatz erhoben: „Alles Rückständige dieses staatssozialistischen Systems (müsse) aufgedeckt werden“. Schonungslos, versteht sich. Hingegen dürfe man die „zivilisatorischen Errungenschaften“ des Kapitalismus nicht negieren. Zu ihnen gehöre der „Rechtsstaat“. Und das angesichts der anhaltenden Verfolgungswelle gegen DDR-Bürger - vom Grenzsoldaten bis zum Staatsoberhaupt - und der jüngsten Aushebelung des sogenannten Modrow-Gesetzes durch das Bundesverfassungsgericht!

Wenn dieser faktische „Programmwurf“ Verbindlichkeit erlangen sollte, reduzierte sich „Sozialismus“ nur noch auf ein Schmuckelement im Parteinamen - aus Programmatik und Politik der PDS wäre er gestrichen. Die ursprünglich linkssozialistische Partei aber würde sich darauf - nach historischem Vorbild - beschränken, den Kapitalismus per Reform erträglicher zu machen und so zu stabilisieren.

Womit wir wieder beim Ausgangspunkt angelangt wären. Wer den Ursachen unserer Niederlage auf den Grund gehen will, kommt um eine Erkenntnis nicht herum: Wenn die Mitgliedschaft einer sozialistischen Partei ihre Führung gewähren läßt und aus falsch verstandener Parteidisziplin auch dann noch stillhält, wenn die Grundwerte aufgegeben werden, dann kann sie alles mögliche erreichen - nur nicht den Sozialismus.

**Wolfgang Clausner**

## Bericht von einer bemerkenswerten Konferenz

# Der gemeinsame Nenner

Am 20. und 21. November veranstaltete die Zeitschrift „offensiv“ eine „Konferenz zur Verteidigung des revolutionären Erbes“ der DDR. Auf ihr wurden sieben anspruchsvolle und informative Referate gehalten; in der Diskussion sprachen fast 30 Teilnehmer. Am Abend des ersten Tages gestalteten Marta Rafael, Karl-Eduard von Schnitzler und Achim Bigus ein bewegendes Kulturprogramm. Mit warmer voller Stimme sang der Osnabrücker Arbeiter und Kommunist internationale Kampf- und FDJ-Lieder. Mit dem Lied auf Ernst Thälmann grüßte er dessen Tochter Irma, die den gesamten Konferenzverlauf aufmerksam verfolgte.

Frank Flegel, verantwortlicher Redakteur von „offensiv“ und - zusammen mit seiner Frau, der charmanten Anna Claudia Heinrich - einer der Moderatoren der Konferenz, kam zu dem Ergebnis: „Meine Erwartungen wurden übertroffen, sowohl hinsichtlich der Anzahl der über 160 Teilnehmer und der Breite ihrer politischen Herkunft als auch mit Blick auf das Niveau der Beiträge. Es gab weder Störer noch Grabenkämpfe, alle haben zur Sache gesprochen. Meines Wissens ist es seit Jahren der erste geglückte Versuch, die marxistischen Linken in einer solchen Konferenz zusammenzuführen.“

Als erster Redner sprach Rolf Vellay zum „Sozialistischen Charakter der DDR“. Er begann mit einer Metapher: Das schönste Bild dieses Jahrhunderts sei für ihn der Sowjetsoldat, der auf dem Reichstag die rote Fahne aufpflanzt. Die Befreierarmee habe zwar nicht den Sozialismus nach Berlin gebracht, aber mit dem Potsdamer Abkommen sei der Weg für die Enteignung der Naziaktivisten und Kriegsverbrecher geöffnet worden - Schritte, die den Keim zum späteren Sozialismus in sich bargen. Der Redner zeigte, wie die Werktätigen der SBZ und dann der DDR die gebotenen Chancen nutzten. Und im Kontrast dazu: Das Beschämende am Ende der DDR sei nicht der Abstieg selbst, sondern die Unfähigkeit der Parteiführung gewesen, den Massenwiderstand von Arbeitern und Bauern gegen die Konterrevolution zu organisieren. Das mache den revolutionären Neubeginn um vieles schwerer.

Walter Florath berichtete über die Wirtschaftsentwicklung in der DDR. Die 1945/46 begonnene staatliche Disponierung aller Produktivkräfte habe nichts mit Sozialismus zu tun gehabt, sondern sei Ausdruck des Kampfes ums nackte Überleben gewesen. Von der DDR sei das sowjetische Wirtschaftsmodell nie kopiert worden. Bis zum Schluß habe es zum Beispiel private Händler und Handwerker sowie kirchliche Krankenhäuser gegeben, die Nationalisierung des Bodens sei bewußt unterlassen worden. Der Redner erläuterte die verschiedenen Etappen der Wirtschaftsentwicklung

und machte anhand umfangreichen Zahlen- und Faktenmaterials auf Widersprüche aufmerksam. Vor allem die außenwirtschaftlichen Belastungen, die in den letzten Jahren immer mehr nachlassende Investitionskraft sowie die übertriebene Subventionspolitik machte er für stagnierende Warenbereitstellung und andere Mangelerscheinungen verantwortlich. Die DDR habe sich so Möglichkeiten genommen, die Steigerung der Arbeitsproduktivität in Übereinstimmung mit den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution durch entsprechende Investitionspolitik voranzutreiben.

Ulrich Huar referierte zur Entwicklung der sozialistischen Demokratie und charakterisierte anfangs die Herausbildung der bürgerlichen Demokratie und deren spätere Funktion bei der Festigung kapitalistischer Produktionsverhältnisse. Der Kern der sozialistischen Demokratie - die Teilnahme der Werktätigen an der Leitung und Planung der Wirtschaft, der Volksbildung usw. - sei untrennbar mit den neuen Eigentumsverhältnissen an den Produktionsmitteln verbunden. Das sei nicht denkbar ohne Bruch mit den alten Machtstrukturen. Anschließend stellte er die spezifischen Entwicklungsschritte der sozialistischen Demokratie in der DDR vor. Aufgrund der breiten Einbeziehung der arbeitenden Bevölkerung habe es bis Ende der 70er Jahre eine massenhafte Identifizierung der Werktätigen mit ihrem Staat gegeben.

Erich Buchholz beschäftigte sich in seinem Vortrag mit Strafverfolgung, Justiz und Prävention. Die DDR hatte das beste Strafrecht, das es je in Deutschland gab, betonte er. Die Kriminalität betrug nur etwa ein Zehntel der Westdeutschlands. Nach UNO-Angaben gehörte die DDR zu den zehn Staaten mit der niedrigsten Verbrechensrate. Hier sei gewissermaßen im Laborversuch die marxistische Grundthese von der gesellschaftlichen Bedingtheit der Kriminalität schlüssig bewiesen worden. Der Redner ging auf Besonderheiten des DDR-Strafrechts ein und schilderte die erfolgreichen Bemühungen um Dekriminalisierung durch Abbau der Strafen mit Freiheitsentzug, Einführung neuer Straftaten wie öffentlicher Tadel sowie Erweiterung der Kompetenzen von Konflikt- und Schiedskommissionen. „Eine gute Sozialpolitik ist die beste Verbrechensvorbeugung.“

Michael Opperskalski sprach zu Beginn des zweiten Konferenztages über imperialistische Diversionstrategien. Die beiden Grundkonzeptionen bestünden im gewaltsamen Zurückrollen des Sozialismus (Roll back) und im subtileren Eindringen („Konterrevolution auf Filzlätschen“) in die sozialistischen Staaten; diese Strategien hätten sich nicht abgelöst, sondern immer nebeneinander bestanden. Jedoch habe sich ihre Dominanz

zeitlich verschoben. Gabes als höchste Form des „Roll back“ bereits 1949 einen Plan zur atomaren Vernichtung der Sowjetunion, so existierten gleichzeitig Varianten zu ihrer Zerschlagung unterhalb der Schwelle einer militärischen Aggression. Für die DDR bedeutete dies, daß neben direkter Sabotage, massiven Grenzverletzungen und dem Versuch des Wegputschens des Sozialismus am 17. Juni 1953 immer auch die verschiedensten Formen der ideologischen Diversion wirksam waren.

Kurt Gosswiler war als Referent zu dem Thema „Entwicklung des Revisionismus in der SED“ angekündigt und der Vortrag des namhaften Historikers mit großer Spannung erwartet worden. Leider drang der Redner bis zu dieser interessanten Problematik nicht vor. Er konzentrierte sich auf die Darstellung der Rolle, der Positionen und der politischen Praxis N. S. Chruschtschows. Die intensive Beschäftigung mit der sehr komplexen und widersprüchlichen Materie, zu der er Fakten und Sichtweisen anbot, sprengte etwas den Rahmen der Veranstaltung und hätte einer eigenen Konferenz bedurft.

Kurt Andra informierte über politische Strafverfolgung heute. Den DDR-Bürgern sei BRD-Recht übergestülpt und das im Grundgesetz festgelegte Rückwirkungsverbot de facto außer Kraft gesetzt worden. Keiner der durch die Sonderstaatsanwaltschaft II Beschuldigten hat sich gegen DDR-Recht vergangen, wie eindrucksvoll anhand zahlreicher Beispiele belegt wurde. Niemals sei die DDR - im Gegensatz zur BRD - von der UNO wegen Menschenrechtsverletzungen gerügt worden. In den heutigen Verfahren aber kämen alle Richter und Staatsanwälte aus der Alt-BRD, während sämtliche Angeklagten aus der DDR stammten. „Deren Kriminalisierung erfordert auch weiterhin Protest und Solidarität. Wo es um die DDR geht, sollten wir uns nicht so sehr mit der Asche befassen. Es gilt vielmehr, das Feuer weiterzutragen.“

Um seine Meinung gefragt, sagte Genosse Hans Wauer, stellvertretender Vorsitzender der KPD, nach Abschluß der Beratung: „Dies war die beste Konferenz, die ich seit 1989 miterlebt habe. Ich bin voller Zuversicht, weil hier der gemeinsame Nenner zu wichtigen Fragen deutlich geworden ist. Diese Zusammenkunft kann Ausgangspunkt für eine Aktionsgemeinschaft aller Kommunisten in ganz Deutschland werden - wo sie auch immer organisiert sind.“

In den sich an die Referate anschließenden Diskussionsrunden wurde eine Fülle interessanter Gedanken geäußert. Und es gab viele Fragen. Aus der persönlichen Sicht der Berichterstatterin sind (in der Reihenfolge ihres Auftretens) besonders zu erwähnen:

- Klaus Steiniger: „Unsere Konferenz wurde nicht einberufen, um eine pflaumenweiche

Position des Einerseits - Andererseits, des Sowohl als Auch und des Ja, Aber zu fixieren. Sie stellt die Antwort an jene dar, die sich als Linke verstehen, jedoch ein gestörtes Verhältnis zur DDR haben.“

- Rosemarie Müller-Streisand: „Wie kann man die Aushöhlung der Demokratie - ich denke an die letzten Jahre der DDR oder an die PDS unter Gysi - verhindern?“

- Achim Bigus: „Was mich bei vielen Begegnungen während mehrerer Aufenthalte in Cuba am meisten beeindruckt hat - über sämtliche Probleme wurde immer von allen offen gesprochen.“

- Dieter Popp (ehemals Kundschafter der NVA in der BRD): „Auch durch unsere Arbeit gab es 40 Jahre lang keinen Krieg in Europa.“

- Günter Bergmann: „Der Stasi-Hysterie steht die Aussage eines Oberstaatsanwalts entgegen, wonach die Verteufelung des MfS rechtlich nicht haltbar sei.“

- Karl-Eduard von Schnitzler: „1944 traf ich zum ersten Mal Stefan Thomas, den späteren Chef des Ostbüros der SPD; damals war er noch britischer Offizier und trug einen anderen Namen.“

- Heinz Keßler: „Die Schwierigkeiten im RGW waren nicht in erster Linie auf unterschiedliche ideologische Positionen zurückzuführen, sondern auf das außerordentlich starke Gefälle in der materiellen Ausgangslage der Teilnehmerstaaten. Man darf nicht vergessen, daß riesige Gebiete der Sowjetunion physisch zerschlagen waren. Trotz gewaltiger Fortschritte in allen RGW-Ländern konnte die starke Differenzierung bis zum Schluß nicht überwunden werden.“

- Zbigniew Wiktor, Vorsitzender des Bundes Polnischer Kommunisten „Proletariat“: „Das wichtigste Ergebnis des Kampfes unserer Parteien um gute Nachbarschaft zwischen der VRP und der DDR war, daß auf beiden Seiten viele Vorurteile abgebaut wurden. Die DDR wird immer weiterleben - nicht nur in meinem Kopf, sondern auch in meinem Herzen.“

Aus meiner Sicht war es hohe Zeit, ein solches Treffen marxistisch-leninistischer Linker zu organisieren. Was hindert uns eigentlich daran, Zusammenkünfte dieser Art zu wiederholen? Dabei kann es nicht darum gehen, zweifellos noch bestehende Unterschiede in der Bewertung ideologischer und politischer Fragen zu überspielen. Wir sollten vielmehr jene Felder bestimmen, auf denen wir verhältnismäßig problemlos gemeinsam auftreten können. Letztlich geht es darum, wieder zu einer einflußreichen Kraft unter den Linken in Deutschland zu werden, wovon wir gegenwärtig noch weit entfernt sind.

Der Berichterstatterin bleibt nur übrig, den Organisatoren der Konferenz ihren herzlichen Glückwunsch und Dank für die geleistete Arbeit auszudrücken.

**Annemarie Mühlefeldt**

*Die Materialien der Konferenz sollen im Januar in Buchform vorliegen. Bezug über Redaktion „offensiv“, Frank Flegel, Berckhusenstr. 13, 30625 Hannover*

## Niederlage der Praxis - keine Widerlegung der Theorie

# Zustimmung zu Szalkiewicz

Die Rede von Hans-Günter Szalkiewicz fand ich in der Berichterstattung über die DKP-Konferenz vom 2./3. Oktober noch nirgendwo aufgeführt. Sie jetzt im „RotFuchs“ nachzulesen, betrachte ich als den Gewinn in der aufgeworfenen Frage: „Waren die 40 Jahre DDR ein wesentlicher und ein im Wesentlichen richtiger Schritt auf dem Wege des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus oder nicht?“ Und als richtig empfinde ich auch, wenn er vorab schreibt, daß dies die Frage sei, die „vom Standpunkt der marxistisch-leninistischen Theorie aus zu beantworten wäre“. Genauso ist es. (...)

Faktisch geht es darum, ob der reale Sozialismus trotz seiner kurzen Existenz von 70 Jahren in der Lage war, den Beweis zu erbringen, daß diese Theorie „objektiv“ ist, d. h., ob die DDR resp. die UdSSR Länder des neuen, sozialistisch-kommunistischen Verhältnisses zur Arbeit wurden. Zur Arbeit - das ist das wichtigste, alles andere ist abgeleitet. (...)

Die Frage nach der Praktizierung der Theorie ist deshalb so wichtig, weil sie unabhängig davon, wie die Praxis ausgelaufen, von Wert ist: für die Theorie! Praxis kann ja auch aus anderen Gründen einen sogenannten Niedergang erleben, also scheitern, als aus dem Grund, daß sie an sich falsch, an sich ein praxisuntaugliches Unterfangen ist. Durchaus richtige, logisch oder objektiv begründete Systeme können einen Untergang erleben, der nichts mit ihrem System selbst zu tun hat; der zwar real, aber dennoch nicht objektiv ein Untergang sein muß, der nicht ein Untergang einer gesellschaftlichen Logik ist. Das hat dann die Erscheinung, daß die Theorie - von dieser Gesellschaft - unbeschadet den praktischen Untergang/Niedergang dieses Systems erlebt bis hinnehmen muß. Für die Theorie bleibt dann, wenn eine Praxis ihr entsprach, der objektive, und das heißt auch geschichtlich fortsetzbare Charakter erhalten.

Hier geht es also um konkrete Analyse des Sozialismus im Zustand seines Aufbaus und seines Wachstums, was geschah da, wie sind die neuen Verhältnisse, die entstanden, zu werten - auch aus dem Gesichtspunkt der Theorie - (denn die Theorie von Marx ist ja ein eigener Wert, weil ihre Grundlage überhaupt nicht der reale Sozialismus, sondern die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft sind), die sich von der Ursache eines praktischen Niedergangs faktisch und formell unterscheiden muß. (...)

Aus dem sogenannten Untergang des realen Sozialismus wenigstens die Theorie -

um die Erkenntnisse der realen Praxis bereichert - zu retten, wäre ein Sieg des Sozialismus der Theorie nach und wäre auch eine Form der Überwindung der Bourgeoisie durch das Proletariat - trotz alledem. Dazu muß man aber bereit sein, die Frage so zu stellen, wie sie Hans-Günter Szalkiewicz gestellt hat. Nicht, ob dieses oder jenes am Sozialismus, der DDR gut war (oder nicht), sondern ob der Sozialismus, die DDR als diese waren oder nicht, ist entscheidend. „Nach“ der Praxis steht wieder die Frage nach dem Sozialismus/Kommunismus für die Theorie. Die Frage also muß jetzt von den Widersprüchen des Kapitalismus zu den Formen des Aufbaus des Sozialismus wechseln. Sonst ist sie nicht historisch richtig gestellt.

Angenommen, wir bejahen die Formen des Aufbaus des Sozialismus, dann brauchen wir uns keinen neuen Sozialismus auszu-denken, sondern den bisherigen bewahren; wir hätten dann, selbst wenn praktisch erniedrigt, theoretisch, und weiterhin, unseren Kopf erhoben.

D. h. über diese Fragestellung in dieser prinzipiellen Art geht, da sie zu einer Bereicherung/Bestätigung der Theorie führen dürfte (nach meinem Wissen), eine praktische Verteidigung des realen Sozialismus. Von einer Praxis, die theoretisch fortsetzbar, ist es falsch zu sagen, sie sei untergegangen.

Meine uneingeschränkte Zustimmung, also auch mein Dank, gilt Hans-Günter Szalkiewicz.

**Hermann Jacobs**

### Marx-Engels-Club der DKP

12. Januar 2000, 19 Uhr,  
Franz-Mehring-Platz.

Was erwartet uns im neuen  
Jahrhundert?

Gespräch mit **Erich Selbmann**

**Diese Zeitung wird durch  
Spenden finanziert.**

### **RotFuchs**

*E-Mail & Internet Adresse*

**DKP-BerlinNO@t-online.de**

**http://home.t-online.de/home/  
DKP-BerlinNO/rotfuchs.htm**

## Wie die Banken Schröder sanierten

# „Holzmänner, wir haben es geschafft!“

Ist der Cashmere-, Cohiba-, Armani-Kanzler, der sich in Piechs - seines Freundes - Luxusloge beim Wiener Opernball, dem Vergnügen der Reichen - wohlfühlt - ist aus dem „Genossen der Bosse“ plötzlich der Sieger über den raubgierigen Kapitalismus geworden? „Wir haben es geschafft“? Wird er die Allmacht der Banken, die Holzmann in die Pleite getrieben hat, brechen? „Gerhard, Gerhard ...“?

Nachdem die Sanierung zwischen Frankfurts Bankenimperium und der Holzmann-Zentrale ausgehandelt war, verkündete er dem obligatorischen Journalistenpulk: „Es macht keinen Sinn, meine Damen und Herren, bei den beteiligten Banken aufzuteilen in gute und schlechte. Im Ergebnis waren alle gute.“ Das mußte den Direktoren der über 30 beteiligten deutschen und weiteren Banken Freudenschauer über den Rücken rieseln lassen. Haben viele der Häuser doch seit über 150 Jahren an Holzmann profitiert.

Ob in der Gründerzeit nach der Niederlage Frankreichs an den Milliarden-Reparationszahlungen für den von Preußen-Deutschland begonnenen Krieg 1870/71, dann beim Bau der antibritischen Bagdadbahn oder des „Hindenburg-Damms“ zur Wegbereitung ins Baltikum. Der 1. Weltkrieg brachte soviel Profit, daß Holzmann 1917 an die Börse gehen konnte. Aus der Weltwirtschaftskrise rettete ihn Hitler - nachdem sich seine Firma „judenfrei“ gemacht hatte - mit dem Bunkerbau am „Westwall“ und den Autobahnen als „Rollbahnen“ gegen den Osten. Im Hitler-Krieg boomte der Konzern, indem er die blutige Ausbeutung billiger Sklavenarbeiter nutzte, die man sinnigerweise „Fremdarbeiter“ nannte, und für die heute im Milliarden-Unternehmen keine müde Mark übrig ist. (Außerdem ist man ja „pleite“). Holzmanns gute Kriegszeiten gingen in den guten Friedenszeiten weiter; denn es war ja allerlei kaputt gegangen. Das brachte wieder Maximalprofite. Und auch die Heimführung der DDR ins Bonner Reich warf neue Gewinne ab.

Und immer sproß rege Geschäftstätigkeit aus der ununterbrochenen Zusammenarbeit mit der Deutschen Bank. Nach der Weltwirtschaftskrise wird das Vorstandsmitglied der Deutschen Bank Hermann Abs - Hitlerfinanzier, Bankier Adenauers und der Bundesrepublik (die gepriesene „Kontinuität“) - Philipp Holzmanns Aufsichtsratsvorsitzender. Als die Folgen des Mißmanagements sichtbar zu werden drohen, löst ihn der Aufsichtsratsvorsitzende der Deutschen Bank, Carl von Boehm-

Bessing, ab. Holzmann rutscht - angeblich von denen, die die Aufsicht haben, „unbemerkt“ - weiter in die Roten Zahlen, die Konkurrenz wird härter. Billiganbieter aus Osteuropa, England und Portugal bedrohen die Profite der Aktionäre, Konkurrenzbanken wie Dresdener oder Commerz wittern feindliche Übernahmegeleüste. 40 Topmanager müssen Holzmann verlassen und werden von der Staatsanwaltschaft der Bilanzmanipulation, der Untreue und des Betrugs bezichtigt.

Und solch eine Konzern-Perle soll wegen einiger lumpiger Milliarden Pleite gehen? Wozu hat man eine „Regierung der sozialen Gerechtigkeit“ wählen lassen?! Die „Rettung“ sieht so aus: Auf 6 % der Bezüge wird „freiwillig verzichtet“. Die Holzmannen dürfen dafür 43 statt bisher 39 Stunden wöchentlich arbeiten, 4 000 Kollegen sollen von den „Rettern“ entlassen werden. Über Nacht wird die Tarifautonomie ausgehebelt, die weitere Geschäftspraxis kann von Betriebsräten und Gewerkschaften nicht mehr kontrolliert werden. Man läßt unverfroren Betriebsstilllegungen und Massenentlassungen folgen. Von den 37 Holzmann-Filialen in Deutschland sollen nur 14 übrig bleiben. Das Sanierungspaket entspricht fast der Hälfte des Konzerngewinns von 1998. Die von Schröder ausgehandelte Sanierungssumme bringen die vielen beteiligten Banken und - über Staatskredite der Steuerzahler - die Bundesbürger auf.

Holzmann bleibt uns erhalten, denn vor dem Hintergrund des ungeheuren Verdrängungswettbewerbs in der Baubranche steht die Gier der Banken, aus den Konkurrenten Holzmann und Hochtief einen einzigen Mammutkonzern in Europa zu schaffen. Das Finanzkapital - an allen Baukonzernen beteiligt - rüstet für den weltweit verschärften Konkurrenzkampf. Im Interesse seiner „DEUTSCHLAND-AG“.

Statt „Arbeit und soziale Sicherheit“ zu fordern, jubelten kurzfristig viele „Gerhard, Gerhard“. Und der Kanzler gab den „Holzmann-Retter“. Die Macht der Großaktionäre wurde gerettet, das „System“ mit seinen „besten Elementen“. Die Gewinne bleiben privatisiert, die

Produktion (mit weniger Arbeitsplätzen) und die Schulden werden vergesellschaftet. Ein Hohn auf das Verfassungsgebot „Eigentum verpflichtet“.

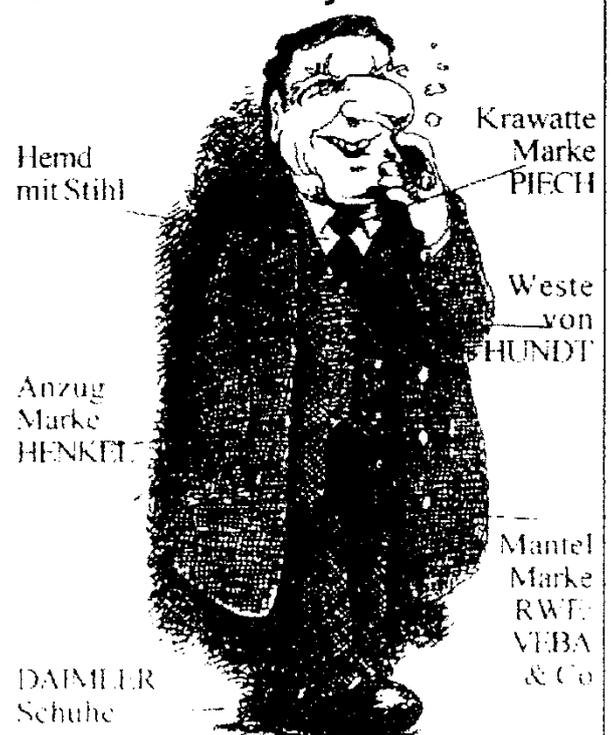
Aber für die Arztrolle am Krankenbett des Kapitalismus ist die Regierungskoalition ja gewählt worden. Als sich diese einem Tiefpunkt nähert, besteht Handlungsbedarf. Ihre Glaubwürdigkeit muß mit ein paar Peanuts in der Öffentlichkeit ein bißchen aufgemotzt werden. Darum machen die Banken im Fall Holzmann einen zeitweiligen Rückzieher, und man fragt sich, ob wirklich Schröder Holzmann saniert hat und nicht vielmehr Holzmann und die Banken den Schröder und seine Riege gerettet haben ...

Die PDS-Führung will sich nun „gegen die fortschreitende Machtkonzentration wenden“. „Wenden“? - wie schön. Nur nicht das Wort Klassenkampf in den Mund nehmen. Gregor Gysi sagt Springers „Welt“: „Soziale Unterschiede muß es geben; Neid entwickelt sich weniger zwischen unten und oben, sondern häufig leider zwischen unten und unten“.

Die Vorgänge um Holzmann und Schröder könnten - richtig betrachtet - ein Lehrbuch abgeben. Allerdings würde es schon reichen, Marx, Engels und Lenin zu lesen und zu begreifen ...

Karl-Eduard von Schnitzler

### Der neue Lifestyle-Kanzler



Aus „Gießener Echo“

## Wie ich Gorbatschows Verwirrspiel durchschauen lernte

# Der Verrat hat einen Namen

Das unsägliche Politspektakel zur „Maueröffnung“ rund um den 9. November ist wieder abgeklungen. Im Zentrum der Medienshow standen drei in trauriger Gemeinsamkeit auftretende Männer: Bush, Kohl und Gorbatschow. Ihr „Gipfelgespräch“ fand bezeichnenderweise im Springer-Hochhaus statt ...

Bush und Kohls antikommunistischer Standort ist seit eh und je bekannt. Der eine war sogar Chef des amerikanischen Geheimdienstes CIA, bevor er Präsident wurde. Kein anderer als Willi Brandt hat Gorbatschow bereits im Mai 1985 durchschaut, als er nach einem Besuch Moskaus bemerkte: „Ich habe in meinem Leben schon viel gesehen, aber noch nie einen Antikommunisten an der Spitze des Kremls“.

Gorbatschow gab beim „Mauerspektakel“ erneut seinen Part: Die theatralische Selbstbeweihräucherung eines Verräters. Und dennoch gibt es nach wie vor Leute, die den Judas für einen rechtschaffenen Politiker mit edelmütigen Absichten halten. Hätte sich Gregor Gysi sonst wohl während Gorbatschows jüngstem Berlin-Aufenthalt mit ihm getroffen?

Ich gehe noch einen Schritt weiter und stelle die Frage, ob es in der Geschichte jemals einen Verrat dieses Ausmaßes und mit solchen verheerenden Folgen gegeben hat.

Klares Bewußtsein ist erforderlich, handelt es sich doch im Falle Gorbatschows um einen objektiven historischen Tatbestand. Es geht nicht mehr nur um Revisionismus, um ein Abdriften, sondern um blanken Verrat an einer Sache, an einer sozialistischen Großmacht, an deren Verbündeten, an einem Weltssystem.

Diese klare Sicht besaß ich nicht von Anfang an. Ich habe sie erst im Verlauf eines längeren Prozesses innerer Auseinandersetzung, durch kritische Prüfung und anhand konkreter Erfahrungen gewonnen.

Ich war leitender Funktionär der SED und es handelte sich immerhin um das Überlaufen des „Kommunisten Nr. 1“, des Generalsekretärs der Partei Lenins, mit der wir uns fest verbunden fühlten. Als Gorbatschow nach dem kurzzeitigen Zwischenspiel zweier über 70-jähriger Politiker 1985 an die Spitze der KPdSU trat, war ich erleichtert: Na, endlich ein jüngerer, dynamisch wirkender Mann mit Perspektive! Er gehörte einer Generation an, die sich ihre politischen „Sporen“ - wie ich selbst - im Jugendverband erworben hatte. Das machte ihn mir sympathisch. Seine Art zu reden, sein scheinbar undogmatisches Herangehen an die Probleme gefielen mir und hoben sich wohlthuend von dem Auftreten mancher unserer führenden Genossen ab. Überdies lag die Notwendigkeit von Veränderungen in der UdSSR auf der Hand. Das spürten wir alle. Auch einige Seiten unserer eigenen Politik gehörten längst auf den Prüfstand. So wunderte mich zu-

nächst nicht, daß Gorbatschow in unserer Partei - besonders unter der Intelligenz und bei der Jugend - Zustimmung fand.

In Viktor Klemperers „LTI“ entdeckte ich jüngst den Begriff der „Übertölpelung mit den Mitteln der Rhetorik“. Heute weiß ich, daß sich genau das ereignete. So erklärt sich das Phänomen der um sich greifenden „Gorbi-Manie“.

Nach der Täuschung des Anfangs keimte bei mir erstes Mißtrauen auf. Es wirkte indes noch immer die Vorstellung: Dieser Mann ist jetzt der Generalsekretär der KPdSU. Und alles geschah ja auch, den Reden zufolge, „im Namen Lenins und der Oktoberrevolution“.

Doch der Widerspruch zwischen der oft bestechenden Verbalistik und den konzeptionellen Vorstellungen sowie den praktischen Schritten begann bald sichtbar zu werden. Meine noch immer zaghaften kritischen Überlegungen gingen nun in die Richtung: „Schöne Worte“, „Hang zum Moralisieren“ - typische, schon von Lenin gezeigte Eigenschaften russischer Intellektueller. Vieles machte den Eindruck von Spontanität, Naivität und Dilettantismus. War es nicht vielmehr ein raffiniertes Verwirrspiel?

Bald begann ich zu erkennen, daß es gar nicht so „leninistisch“ zuzuging, wie es deklariert wurde. Als Gorbatschow seine Position in der Parteiführung gefestigt und die eigenen Gefolgsleute formiert, als er sich mit „Glasnost“ das Instrument zur Zersetzung der ideologischen Geschlossenheit der Partei und des sozialistischen Bewußtseins der Massen geschaffen hatte, kam endlich Klarheit in mein Urteil. Das ungehinderte Wirken gegnerischer Kräfte, besonders in den Medien der UdSSR, wurde nun immer auffälliger. Der wahre Charakter der Politik des Generalsekretärs trat ganz offen zutage. Die Imperialisten applaudierten laut. Was als „Neues Denken“ daherkam, stellte sich als Absage an den Klassenkampf heraus. Das „Haus Europa“ bedeutete die Aufgabe des eigenen Lagers. In der Wirtschaft ging es an das Fundament des Sozialismus - das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln. Prompt erhob auch der Nationalismus sein Haupt. Sechs der 15 Sowjetrepubliken traten mehr oder weniger offen gegen die Union auf.

Von nun an nahm ich im Kreis der Genossen, in der gewählten Leitung und vor dem Parteikollegium vorsichtig zwar, aber distanzierter und kritischer als bisher zu diesen Fragen Stellung. Ich tat es aber nicht konsequent genug. Noch immer scheute ich vor der Erkenntnis zurück, es handele sich um Verrat. Diesen Punkt erreichte ich erst, als Gorbatschow begann, die DDR offen zur Disposition zu stellen. Inzwischen weiß ich, daß das lange vor dem Sommer 1989 der Fall war. Wenn er auch heute noch behauptet, seine „Haltung zur Wiedervereinigung“ habe sich erst

angesichts der Geschehnisse in der DDR geändert, dann ist das schlechterdings erlogen. Ich erinnere mich, daß der Dichter Jewgeni Jewtuschenko schon Jahre zuvor in Westberlin über die „Wiedervereinigung“ palaverte. Er berief sich dabei auf Gorbatschow. Kurz danach trat mit gleichem Tenor Außenminister Schewardnadse auf. Kohl hielt in dieser Frage nicht hinter dem Berge zurück, als er im Springer-Haus - an Bush und „Freund Michael“ gewandt - erklärte: „Es hat alles mit unseren Gesprächen und unserer gemeinsamen Arbeit vorher zu tun“. Der genaue Fahrplan zur Zerschlagung der DDR wurde im „langen Nachtgespräch“ in Bonn und später dann auf Gorbatschows „Datsche“ im Kaukasus vereinbart. Damit war unser Schicksal besiegelt.

So gelangte ich schließlich zu klarer Sicht auf die Rolle des Überläufers. Seinen Verrat honorierte die BRD inzwischen mit ihrem höchsten Orden und Diepgens „Ehrenbürgerschaft“.

Mir erscheint nach dieser Erfahrung die Debatte darüber, ob „innere“ oder „äußere“ Ursachen für die Niederlage des Sozialismus in der DDR ausschlaggebend waren, in einem anderen Licht. Dient die Version von der angeblich entscheidenden Rolle der inneren Gründe nicht letztlich der Stützung der antimarxistischen These vom „Scheitern des Kommunismus“ und seines „sowjetischen Modells“? Wird hier nicht der konterrevolutionäre Charakter der Ereignisse geleugnet? Der Verrat Gorbatschows und seiner Clique war die ausschlaggebende äußere Ursache. Wie recht hat Kurt Gossweiler mit seiner Beobachtung: „Wenn wir nach den Ursachen des Untergangs (der DDR) fragen, kommen wir nicht an der Tatsache vorbei, daß von irgendeinem Zeitpunkt an, spätestens 1985, das Kommando auf dem Flaggschiff des Sozialismus ... nicht mehr bei Kommunisten lag, sondern an Antikommunisten übergegangen war“.

Gorbatschow war die Schlüsselfigur dieses Dramas. Das Weiterwirken seines uralten „Neuen Denkens“ ist einer der Gründe für die anhaltende Tendenz des Reformismus in etlichen kommunistischen Parteien Westeuropas. Auch in der PDS besitzt der Gorbatschowismus seine Anbeter und Nachahmer. Die Basis dieser Partei sollte wachsam sein und auf keinen Etikettenschwindel hereinfallen.

Die bitteren Erfahrungen des Verrats in den eigenen Reihen haben mich gelehrt, stets offen und konsequent, auf marxistisch-leninistische Weise, gegen alle Versuche ideologischer Unterwanderung aufzutreten. Wenn unsere Möglichkeiten derzeit auch bescheiden sind, so besitzen die Klassenkampferfahrungen unserer Generation für die künftige erste Reihe von Kommunisten und Sozialisten ihr spezifisches Gewicht.

**Dieter Itzerott**

Wie Ernst Buschs Lied „Ami, Ami go home“ entstand

## Das Haus am Dammweg



**Zeichnung: Herbert Sandberg**  
Aus: Sandbergs kleine Galerie,  
Eulenspiegel-Verlag, Berlin 1968

Im September 1949 zogen wir von Steglitz in die Flachdachsiedlung am Treptower Dammweg. Die früher überwiegend von Nazis bewohnten und im Krieg ausgebrannten schmalen Reihenhäuschen mit winzigen Gärten - immer sieben nebeneinander - waren als „Aufbau-Schwerpunkt Nr. 5“ gerade hergerichtet und an gestandene Antifaschisten vergeben worden. Neugierig forschten wir nach, wer wohl die Nachbarn seien. In „unserer Reihe“ stießen wir auf einen alten Freund meines Vaters: den Zeitgeschichtler und Publizisten Prof. Karl Bittel - Teilnehmer am Gründungsparteitag der KPD im Dezember 1918. Er hatte mich 1943 aus Berlin an den Bodensee geholt; und für einige Monate im Hödinger Handweberhaus seiner Frau Mia untergebracht. Rechts neben den Bittels zog Hans Jendretzky ein - damals 1. Sekretär der SED-Betriebsleitung, links von ihnen der leider früh verstorbene Paul Straßenberger, Staatssekretär in der Staatlichen Plankommission. Schräg gegenüber hatte die Ärztin Helga Wittbrodt, die später das Regierungskrankenhaus der DDR leiten sollte, ihre Zelte aufgeschlagen. Bald lernte ich in der SED-Wohngruppe, die sich regelmäßig in einem ebenerdigen Raum des Treptower Rathauses traf, die Genossen kennen. (Damals pflegten sich auch die in Betrieben organisierten Parteimitglieder ihrer Basisorganisation im jeweiligen Wohngebiet nicht zu entziehen.) Dort ging es spannend zu. Wir behandelten nicht nur die mit den zu dieser Zeit noch attraktiven und allgemeinverständlichen Bildungsheften vorgegebenen Themen, sondern räumten auch der Kultur einen hohen Stellenwert ein. Daß auf jeder Parteiversammlung kräftig gesungen wurde und daß alle die Texte kannten, versteht sich von selbst. Doch auch unsere am Dammweg und

im näheren Umfeld ansässigen Künstler traten im „Vorprogramm“ auf. Zu ihnen gehörten Harry Hindemith - einer der beliebtesten Schauspieler der ersten DEFA-Jahre - und Ernst Busch. Die Dammwegler waren stolz auf ihren prominenten Miteinwohner.

Der große proletarische Sänger, der arg unter den Folgen seiner schlimmen Haftzeit im bombardierten Zuchthaus litt, wohnte - wie auch Genossin Burton (Ruth Werner, die spätere Autorin von „Sonjas Rapport“) in der nächsten Reihe - keine fünfzig Meter von uns entfernt. Buschs Nachbarn waren die Stophs. Willi, der dann erster Verteidigungsminister der DDR wurde, trug noch keine Generalsuniform, sondern gehörte dem Zentralsekretariat der Partei an. Ich glaube, er war dort für Wirtschaftspolitik zuständig.

Es ergab sich, daß Ernst Busch, der damals den Verlag „Lied der Zeit“ leitete, meinen Vater des öfteren zu Gesprächen und Debatten einlud. Ich durfte ihn dabei begleiten. Die komplizierten Startprobleme der jungen DDR, aber auch die Fragen meiner Generation der 17 bis 18jährigen interessierten den Künstler lebhaft. Es war eine verheißungsvolle Zeit des Aufbruchs.

Eines Tages rief Ernst Busch bei uns an. Er bat uns dringend, sofort zu kommen. Wir trafen ihn in Gesellschaft des Schauspielers Ernst Kahler. Busch war beim Texten und Arrangieren eines neuen Liedes, das bald zu einem Hit der Antiimperialisten in ganz Deutschland werden sollte: „Ami, Ami go home!“ Immer wieder las er die Worte vor, fragte, ob sie auch stimmig seien, bat um Vorschläge, falls etwas geändert oder verbessert werden mußte. Als er schließlich im ständigen Dialog mit seinen Gästen das Feilen am Text beendet hatte, sang er uns mehrere Male das fertige Lied vor. Wir spürten sofort, daß dem erfahrenen Agitator ein großer Wurf gelungen war.

An jenem glücklichen Tag vor fast fünfzig Jahren schenkte mir Ernst Busch nicht nur etliche Versuchsplatten seines Verlages, sondern auch Willi Bredels bei „Lied der Zeit“ herausgekommenes Buch „Begegnung am Ebro“. Mit breitem Bleistift schrieb er als Widmung hinein:

Lieber Klaus Steiniger und Freunde:

Gedenkt

wenn ihr von unseren Schwächen sprecht auch der finsternen Zeit der ihr entronnen seid.  
*Ernst Busch Bln 1950.*

Brechts Worte „an die Nachgeborenen“ als kostbare Erinnerung an jene große Zeit des Werdens und Wachsens der DDR, die für immer von uns gegangen und auf ewig bei uns geblieben ist.

**Klaus Steiniger**

**Am Sonntag, dem 23. Januar 2000, um 10 Uhr veranstaltet der Ernst-Busch-Chor e.V. unter Mitwirkung der Künstlerin Gina Pietsch im Haus am Köllnischen Park ein Chorkonzert aus Anlaß des 100. Geburtstages von Ernst Busch.**

**Eintritt: 12.- DM (erm. 6.- DM)**

**DKP-Mitgliederversammlung mit Rolf Priemer und Dr. Gerhard Feldbauer in Gießen**

## Ein spannender Abend

Kritik an einigen Einschätzungen der 7. Tagung des PV der DKP war Anlaß zu einer interessanten Diskussion mit dem stellvertretenden Parteivorsitzenden Rolf Priemer und Dr. Gerhard Feldbauer („RotFuchs“). Nachdem das fünfte neue Mitglied in diesem Jahr aufgenommen worden war, benannte Michael Beltz noch einmal einige der strittigen Punkte:

- Das Schweigen der DKP gegenüber der französischen „Bruderpartei“, die aufgrund ihrer Regierungszugehörigkeit auch den NATO-Krieg gegen Jugoslawien mitgeführt hat;

- eine unterschiedliche Bewertung der Bundesregierung aus SPD und Grünen, die laut PV „nicht gefährlicher ist als die reaktionär-konservative CDU/CSU“, nach Meinung der Gießener Genossen hingegen zu diesem Zeitpunkt die für das Großkapital geeignetere Regierungsvariante zur Durchsetzung ihrer Politik des verstärkten Sozialabbaus und der Kriegsführung war;

- Illusionen über eine „Friedensbewegung“ und mögliche Stärkung der UNO angesichts zunehmender Kriege und der Instrumentalisierung der Vereinten Nationen zum verlängerten Arm der NATO;

- Positionen zur Geschichte, in denen von deutschen Teil-Staaten und vom „Bewahren der besten Elemente beider Systeme“ (DDR und BRD, bzw. Sozialismus und Imperialismus!) die Rede ist - Positionen eines noch immer unmöglichen Dritten (Holz-)Weges.

(s. hierzu auch „RotFuchs“ Nr. 21, S. 7) In der Diskussion wurde auf die Gefahr hingewiesen, daß die allgemeine Rechtsentwicklung auch an der DKP nicht spurlos vorübergehe, daß das kommunistische Profil (bei Aufgabe marxistischer Begriffe und damit Inhalte) verschwimme und sich reformistische Positionen einschlichen. Auf ähnliche Gefahren und Defizite wies auch Gerhard Feldbauer, der bereits einleitend zum „RotFuchs“ gesprochen hatte, hin. Er betonte die Pflicht kommunistischer Funktionäre, zu geübter Kritik Stellung zu nehmen. DDR-Kommunisten seien hier besonders neuralgisch, da Unterdrückung von Kritik einer der Faktoren gewesen sei, die die Kampfkraft der SED schwächten und sie von den Massen isolierten. Andererseits habe es auch Erscheinungen kriecherischen Verhaltens gegeben, wurde Kritik bewußt vermieden. Gerhard Feldbauer bat, die Meinung ostdeutscher Kommunisten, die sich ernste Sorgen um den

Zustand der DKP machen, zu verstehen. Sie spürten die Gefahr vielleicht stärker, weil es zu ihren Erfahrungen gehöre, daß in ihrer Partei - der SED -, Revisionisten und Opportunisten Einfluß gewinnen konnten. Die ideologische Entwaffnung der Genossen und der Massen sei eine entscheidende Bedingung für den Sieg der Konterrevolution gewesen.

Rolf Priemer teilte in vielen Punkten die Kritik ganz oder teilweise nicht; es gab aber auch Übereinstimmung, z.B. in der Bewertung der PDS, die sich zunehmend nach rechts bewege und sich inzwischen - siehe Gysi-Thesen - sozialdemokratischen Positionen anpasse, um den Platz zu besetzen, den die SPD räume.

Auch bei der Einschätzung der derzeitigen Regierungspolitik lagen die Auffassungen jetzt dicht beieinander, wobei Rolf Priemer differenzierte, daß es vor allem bestimmte Kreise des Finanzkapitals seien, die auf eine SPD-Regierung setzten. Er vertrat die Meinung, daß man vor einem Jahr noch nicht habe wissen können, wie sich diese Regierung entwickle. Genosse Priemer zitierte den Banker Hilmar Kopper, der gerade öffentlich geäußert hatte: „Wenn Sie mich vor anderthalb Jahren gefragt hätten, ob ich mir eine aktive Beteiligung der Bundesrepublik an einem Krieg auf dem Balkan unter einer rot-grünen Regierung vorstellen könnte, dann hätte ich Sie für nicht ganz gescheit gehalten. Genauso aber kam es. Und es konnte nur von einer rot-grünen Regierung kommen. Sonst hätten wir in diesem Land eine Revolution gehabt. Ähnliches galt wohl auch für die Veränderungen des Sozialstaates.“ (Andere hatten schon vor der Bundestagswahl gesagt: Wer Schröder wählt, wählt den Krieg!)

Rolf Priemers Begründung, warum es äußerst kompliziert und schwierig sei, sich gegenüber der FKP zu deren Unterstützung des NATO-Krieges zu äußern, konnten viele Anwesende nicht nachvollziehen. Auch andere Kritikpunkte wurden nur ungenügend diskutiert. Eine auf der 7. PV-Tagung vorgenommene Verdammung des „RotFuchs“ lehnt die DKP Gießen als schädlich ab. Ob der ausschließlich theoretisch orientierte „RotFuchs“ oder ausschließlich kommunalpolitisch orientierte Zeitungen der DKP mehr nützen, wird die Zukunft erweisen. Administrative Maßnahmen gegen den „RotFuchs“, so Rolf Priemer, gebe es jedenfalls nicht.

Wenn sich auch - nicht zuletzt wegen der knappen Zeit - leider nur neun Anwesende an der Diskussion beteiligten, so war dieser Abend doch - das ist die einhellige Meinung - sehr spannend und erfreulich, sachlich und solidarisch.

**Michael Beltz**, Sprecher der DKP Gießen

## Das Jahr 2000 - Ende der russischen Raumfahrt?

# Zukunftsaussichten

Was kommt nach „MIR“? Das „Flagschiff“ der russischen Raumfahrt, der Stolz einer ganzen Nation, wird das neue Jahrtausend, welches ja bekanntlich erst im Jahr 2001 beginnt, nach dem derzeitigen Stand der Dinge nicht mehr erleben. Verläuft alles nach Plan, so soll im Februar 2000 die letzte Mannschaft zur Raumstation „MIR“ starten, um sie für einen kontrollierten Absturz vorzubereiten. Doch selbst dieser Flug ist ein gewaltiges Unternehmen, gilt es doch, viele komplizierte Prozesse so zu koordinieren, daß der Orbitalkomplex punktgenau in den Pazifik stürzt und nicht auf den Kopf eines unserer 6 Milliarden Erdbewohner. Die ESA will den letzten Flug nutzen, einen weiteren ihrer Kosmonauten mit in den Kosmos zu entsenden - sehr zum Ärger der USA, die „MIR“ lieber heute als morgen abstürzen sähen. Sollte der ESA-Kosmonaut mitfliegen, so wird auch unser Fliegerkosmonaut, Dr. Sigmund Jähn, ihn mit vorbereiten.

Und dann? Die Zukunft heißt „ISS“ - der neue Internationale Orbitalkomplex, an dem Rußland, die USA, Japan, Europa u. a. bis zum Jahr 2004 bauen. Die ersten Module, „Saria“ (Rußland) und „United“ (USA), drehen schon ihre Runden um unseren Globus. Der Start des russischen Basisblockes steht unmittelbar bevor. Danach soll im nächsten Jahr die erste gemeinsame Gastmannschaft Rußland/USA zum „ISS“-Komplex starten. Wer jedoch meint, die russische Raumfahrt könnte da weitermachen, wo sie mit „MIR“ aufhörte, der hat die Rechnung ohne die Amis gemacht. Jeder weiß - Rußland hat schwache finanzielle Potenzen. Um die russischen „ISS“-Module termingerecht bauen zu können, ist Moskau auf die wenigen Finanzspritzen der USA angewiesen. Was bedeutet, daß der russische Anteil der neuen Raumstation schon mehr oder weniger an die Amerikaner verpachtet ist. Deren Finanzhilfen an die Russen sind keine Gesten der Großzügigkeit. Für gerade mal 400 Mio Dollar konnten die USA die „MIR“ von 1995 bis 1999 rund um die Uhr nutzen, sowohl wissenschaftlich als auch bemannt. Auf der „MIR“ waren mehr USA-Kosmonauten als im gleichen Zeitraum an Bord ihres Space Shuttles. Der US-Kongreß betrachtet die Zusammenarbeit NASA - RKA allerdings mit Argwohn; er würde am liebsten sofort jegliche Finanzhilfen an Rußland auf dem Gebiet der gemeinsamen Kosmosforschung streichen. Doch die NASA weiß, was sie an den russischen Fachkadern hat. Ohne ihr Wissen, ihr technisches Know how kann das gewaltige Vorhaben Internationale Raumstation niemals verwirklicht werden.

In den letzten Jahren las man in der Boulevard-Presse, die „MIR“ sei ein Schrotthaufen,

eine fliegende Kloake. Diese böartigen Verleumdungen westlicher Journalisten sind Ausdruck ihrer Dummheit und Sensationsgier. Tatsache ist, daß in 5000 Betriebstagen der „MIR“ im Bordbuch lediglich 1500 Pannen - darunter jede noch so belanglose Störung wie Feuchtigkeits- und Luftdruckschwankungen, abweichende Toleranzen weiterer Bordsysteme etc. - vermerkt wurden. Alle deutschen Kosmonauten der ESA berichteten übereinstimmend, daß die „MIR“ gut in Schuß ist und alles funktioniert. Als letzter Beweis dafür mag gelten, daß die USA ihre nicht gerade hartgesotteten Kosmonauten wohl kaum zur „MIR“ schicken würden, wenn es sich dabei um einen fliegenden Schrotthaufen handelte. Nichtsdestotrotz hat Washington durchgesetzt, daß der Kommandant des ersten bemannten Unternehmens zur neuen „ISS“-Raumstation ein Amerikaner ist. Eine gewollte Demütigung der Russen. Zumal es absurd ist - ein Zeichen von Ignoranz und Arroganz, besitzt doch niemand soviel Erfahrung und vor allem Kompetenz auf diesem Gebiet wie die russischen Kosmonauten. Doch der Tag wird kommen, an dem auf der „ISS“ irgendetwas nicht funktioniert, irgendein System ausfällt, was zwangsläufig geschehen dürfte. Dann werden die Amis froh sein, einen russischen Spezialisten an ihrer Seite zu wissen.

Nun stellt sich mancher die Frage, welchen Sinn hat die Raumfahrt noch? In 40 Jahren wurde weltweit rund eine Billion Dollar für sie ausgegeben, davon 75 % für militärische Zwecke. Jedes Jahr aber verpulvert man den selben Betrag im Weltmaßstab allein für die Rüstung. Im übrigen finanziert die US-Regierung weiterhin die Weltraumrüstung mit über 70 Milliarden Dollar - das ist mehr als zu Ronald Reagans Zeiten. Und diese Summe wird sogar weiter steigen, denn „SDI“ ist noch lange nicht tot. Natürlich wirft die Raumfahrt auch Gewinne ab, denkt man nur an den kommerziellen Sektor der Fernsehübertragung oder der Funknetze privater Mobiltelefonbetreiber. Gewinne werden im Kapitalismus immer privatisiert, Kosten dagegen sozialisiert.

Zur Zukunft der Raumfahrt lassen wir Sigmund Jähn zu Wort kommen: „Das weitere Vordringen des Menschen in den Welt- raum hängt allerdings von der Grundentscheidung ab: Entweder erobert er als barbarischer Räuber voller Haß und Habgier, mit Gewalt und Krieg auch diese neue Dimension, oder er erschließt sich als humanistisches Wesen, als Vertreter des schönen blauen Planeten seine vierte natürliche Umwelt und schützt sie.“

**Matthias Bublitz**

„Prawda Rossiji“ zum Wahlausgang in Kiew

## Die ukrainische Lehre für Rußland

Die im November in der Ukraine durchgeführten Präsidentenwahlen sind bereits Geschichte. Ihre Resultate: Der amtierende Präsident Leonid Kutschma erhielt im zweiten Wahlgang rund 56 Prozent der Stimmen, für Pjotr Simonenko, den 1. Sekretär des ZK der KP der Ukraine, votierten 37,8 Prozent der Wahlberechtigten. Für die Mehrzahl der Politologen kamen die Ergebnisse nicht unerwartet. Kutschmas Sieg war sowohl in Kiew als auch in Moskau vorausgesagt worden.

Welche Lehren müssen wir aus dem ziehen, was sich bei unserem nächsten Nachbarn zugetragen hat?

Erste Schlußfolgerung: Zu einem äußerst krassen Zug der Wahlkampagne wurde in der Ukraine die beispiellose Nutzung des gesamten Arsenal der „schwarzen“ Wahltechnologien. Unter ihnen stach besonders der ungehemmte Einsatz ihrer privilegierten Stellung durch die amtierenden Machthaber hervor. Man braucht nur den Beschluß Kutschmas zu nehmen, vor der zweiten Tour die Leiter dreier Regionen abzusetzen, die es nicht verstanden hatten, ihm in der ersten Etappe der Wahlen eine Massenunterstützung zu sichern. Natürlich geschah das alles unter einem passenden Vorwand. Doch niemandem waren die wirklichen Gründe der Entlassungen ein Geheimnis. Allen an der Macht verbliebenen regionalen Leitern wurde so anschaulich vor Augen geführt, was auch mit ihnen geschehen werde, wenn sie - Gott behüte - im zweiten Wahlgang nicht den Sieg des jetzigen Präsidenten garantieren würden. Die Warnung wurde entsprechend gedeutet. Aussagen zufolge haben Gebietsleiter eine analoge „Aufklärungsarbeit“ mit ihren Untergebenen durchgeführt. Diese gaben das dann in der Kette nach unten weiter. Somit war die gesamte Struktur der Exekutivmacht in der Wahlkampagne auf Seiten Kutschmas wirksam - von der Spitze bis zum einfachen Beamten.

Hieraus resultiert auch die Nutzung offen provokatorischer Propagandamethoden. In Kiew, wo nach der ersten Tour ein Absinken der Wahlbeteiligung erwartet wurde, tauchten in den Briefkästen vieler Einwohner gefälschte Gestellungsbefehle des Militärkommissariats auf, die anordneten, im Falle eines Sieges von Simonenko „mit Gepäck“ für den Abtransport nach Tschetschenien bereit zu sein. Nach Einschätzungen von Politologen, die den Wahlkampf verfolgten, hat sich dies alles in einen „zynischen administrativen Terror“ verwandelt. Er hat praktisch alle Sphären des politischen Lebens des Landes - in erster Linie die Massenmedien - erfaßt und Bedingungen für zahlreiche Verstöße gegen die Wahlgesetzgebung geschaffen, die zu verhindern weder örtliche noch ausländische Beobachter imstande waren.

Zweite Schlußfolgerung: Einen großen Beitrag zum Sieg Kutschmas haben die Nationalisten der Westukraine geleistet. In diesen Regionen hat die Bevölkerung, im Unterschied zu den Süd- und Ostgebieten des Landes, die größte Aktivität gezeigt. Zur Unterstützung des jetzigen Präsidenten sind die Führer von „RUCh“ und anderen nationalistischen Organisationen sehr eifrig aufgetreten. All das läßt keinerlei Zweifel daran, daß die russisch-ukrainischen Beziehungen in der

nächsten Perspektive keine leichten Zeiten zu erwarten haben. Die Hoffnungen auf eine Annäherung beider Brudervölker - um gar nicht erst von der Schaffung eines einheitlichen Unionsstaates der slawischen Republiken zu reden - werden praktisch unerfüllbar.

Dritte Schlußfolgerung: Vor der zweiten Tour der Abstimmung, als sich Kutschma und der Führer der ukrainischen Kommunisten Pjotr Simonenko von Angesicht zu Angesicht gegenüberstanden, haben sich die Kiewer Machthaber - wie zu erwarten war - bei ihrer Propaganda auf einen wütenden Antikommunismus gestützt, der in der Westukraine auf sehr günstigen Boden fiel. Er wurde aktiv in die Seelen der ukrainischen Jugend getragen. Letzten Endes ist es den Machtstrukturen mit allen Wahrheiten und Unwahrheiten gelungen, unter ihrem Banner jene Kräfte zu sammeln, die sich entschieden einer Machtübernahme durch die Kommunisten entgegenstellen.

Kann sich das in dieser oder jener Form bei den russischen Präsidentenwahlen im kommenden Jahr wiederholen?

Wenn man jede der drei Lehren analysiert, die von den volkspatriotischen Kräften gezogen worden sind, kann man auf diese Frage mit ziemlicher Überzeugung bejahend antworten. Gering an Zahl sind jene, welche daran zweifeln, daß die jetzige Präsidentenumgebung alle Mittel - seien sie auch noch so schmutzig - nutzt, um die Macht nicht einzubüßen. Die Strukturen der Exekutive werden entgegen der Verfassung und dem Gesetz über die Wahlen nicht abseits bleiben. Darüber, wie Fernsehen, Rundfunk und andere Massenmedien genutzt werden dürften, muß man gar nicht erst reden. Das ist völlig klar.

Allerdings gibt es in Rußland einige Hebel, mit deren Hilfe man Druck auf die Wähler nach ukrainischem Muster nicht zulassen kann. Das ist die Wählbarkeit - nicht die Ernennung - der Verwaltungschefs der Regionen. Das ist auch die Annahme eines Gesetzes zu härterer Bestrafung bei Verletzungen der Wahlgesetzgebung. Nicht so wütend wie in der Ukraine ist in Rußland der nationalistische Faktor. Obwohl man feststellen muß, daß es auch bei uns Regionen gibt, deren Führer nicht an einer starken Zentralgewalt interessiert und daher bereit sind, einem offensichtlich schwachen Präsidentschaftskandidaten den Vorzug zu geben, der ihnen - wie auch Boris Jelzin - so viel Souveränität verspricht, wie sie nur weg-schleppen können.

Bei uns wird der Jugendfaktor nicht so wirksam sein wie in der Ukraine. Für unsere Jugend ist Nationalismus weniger charakteristisch als dort. Aber dank der aktiven Gehirnwäsche hat der Antikommunismus bereits Wurzeln im Verstand unserer jungen Menschen treiben können.

Deshalb kann man schon jetzt voraussagen, daß gerade der Antikommunismus zusammen mit dem administrativen Terror bei den im Sommer kommenden Jahres anstehenden Präsidentenwahlen zur Hauptwaffe der Machthaber im Kampf gegen die volkspatriotischen Kräfte wird.

**Wladimir Porfirjew**

Übersetzung: Eberhard Bock

Das beispielhafte Wirken der Internationalistin Ursula Nguyễn

## Ein Herz für Vietnam



Viele von uns erinnern sich noch gut an die Zeit der verbrecherischen USA-Aggression gegen das vietnamesische Volk. Damals bangten und hofften wir mit unseren Klassenbrüdern und Kampfgefährten in Südostasien. Solidarität hieß die Devise, zumal der Bombenterror der U.S. Air Force tiefe Wunden geschlagen und schwere Schäden verursacht hatte. Vietnam wurde zum Symbol. 1975 mußten die Amerikaner ihr letztes Kontingent zurückziehen. Sie hatten den Krieg verloren. Aber auch heute noch brauchen die Sieger von einst Hilfe und Unterstützung.

Seit mehr als 20 Jahren ist Ursula Nguyễn dafür engagiert. Sie leitet den eingetragenen Verein „Medizinische Hilfe für Vietnam“, dessen Mitglieder und Förderer ehrenamtlich tätig sind. Er besorgt und finanziert Medizintechnik, orthopädische Hilfsmittel und Medikamente für Krankenhäuser und sozialmedizinische Einrichtungen Vietnams. Er beteiligt sich an der Aus- und Weiterbildung von medizinischem Fachpersonal in Vietnam und in Deutschland. In Ausnahmefällen trägt er auch die Kosten für eine Heilbehandlung schwer erkrankter oder behinderter Kinder in beiden Ländern. Das benötigte Geld muß durch Spenden aufgebracht werden.

Seit 1995 unterstütze ich Ursula in ihrer Arbeit. In diesen Dezembertagen helfe ich ihr wieder auf dem alljährlichen Weihnachtsbasar vor dem Zehlendorfer Rathaus. Dort verkaufen wir Kunsthandwerk aus Vietnam - Lackarbeiten, Seidenmalereien, Korbwaren, Keramik -, Spielzeug, Bücher, Kleidung und „jede Menge Trödel“. Auf dem Weihnachtsbasar spüre ich Ursulas Kontakte zu vielen Zehlendorfern, die vorbeischauen. Die Frau eines promovierten vietnamesischen Chemikers strahlt menschliche Wärme aus. Immer wieder erlebe ich rührende Szenen. So kommt eine ältere Dame an den Stand und packt selbstgestrickte Puppenkleidung aus. Sie hat schon wiederholt solche Spenden auf dem Basar abgegeben. Beiläufig erzählt mir Ursula, zur Zeit stünden wieder wertvolle Gegenstände zum Abtransport nach Vietnam bereit: Ein Röntgengerät, ein EKG-Gerät, ein Bestrahlungsgerät, 40 Klinikbetten mit Matratzen, 40 Nachtschränken, Tische und Stühle für Patientenzimmer, Untersuchungsliegen und Medikamente. Vorerst fehle aber noch das Geld, um auch die Transportkosten bezahlen zu können.

Solidarität ist für Ursula Herzenssache. Ich bewundere diese bescheidene, kluge, aufopferungsvolle Genossin, die sich Jahr für Jahr, oft bei klirrender Kälte, Schnee und Nässe für eine gute Sache einsetzt, ohne auf ihre eigene Gesundheit Rücksicht zu nehmen.

**Bruni Büdler**

*Aus dem Leben unserer Gruppe*

## Fernes China - hautnah

Zum Thema des Abends - „Welchen Weg geht China?“ - sprach am 23. November Genosse Prof. Dr. Eike Kopf aus Erfurt, „RotFuchs“-Lesern als Autor geschliffener und scharfsinniger Beiträge bekannt. Er ist Philosoph und war an der Herausgabe der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) beteiligt. Nach seiner akademischen „Abwicklung“ durch die neuen Machthaber (1991) war er arbeitslos und absolvierte eine Umschulung als Bürogehilfe, als der er jedoch keine Beschäftigung fand. 1995 erhielt er eine Einladung aus Peking, dort bei der Vorbereitung einer chinesischen MEGA-Fassung mitzuarbeiten. Im Ergebnis dessen war er ein Jahr lang in der VR China tätig. Er betonte: „Ich lebte dort nicht wie ein Tourist, sondern wohnte und versorgte mich wie alle Landesbürger. Vom ersten Tag an fühlte ich mich wie in der DDR.“

Zu Beginn seiner Ausführungen machte uns Eike Kopf die Dimensionen Chinas faßbarer: Das Land ist fast so groß wie ganz Europa, besitzt jedoch die doppelte Einwohnerzahl

(1,25 Milliarden Menschen). Jede Provinz ist größer als viele europäische Nationalstaaten. Mit nur 10 % der nutzbaren Ackerfläche des Erdballs ernährt China etwa 22 Prozent der Weltbevölkerung, was ihm eine hohe UNO-Auszeichnung eintrug.

Während der Zeit seines Aufenthalts fand der 15. Parteitag der KPCh (1997) statt. Im weiteren Verlauf trug unser Gast eine Reihe hochinteressanter Passagen aus einem in Deutschland nicht publizierten Dokument vor: dem Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees. Zunächst zitierte er Aussagen zur Wirtschaftspolitik. Die Zeit seit dem 14. Parteitag (1992) sei gut genutzt worden: Man habe einen stabilen Produktionszuwachs von jährlich 12 % (!) und eine Einkommensentwicklung von 5 % erreicht. China befände sich jedoch noch auf der untersten Stufe des Sozialismus; deshalb stehe die Modernisierung des ganzen Landes bis zum Jahr 2050 im Vordergrund. Bis dahin wolle man den Anschluß an die modernen Industrieländer erreicht haben. Noch werde die Wirtschaft durch den Widerspruch zwischen hochentwickelten Produktionsverhältnissen und einem niedrigen Niveau der Produktivkräfte charakterisiert. Für die Zeit bis 2010 sei ein Zehnjahrplan in Vorbereitung, dessen Hauptziel in der Verdoppelung des Nationaleinkommens bestehe. Um eine

weitere Beschleunigung des Tempos der Entwicklung anvisieren zu können, werde gegenwärtig die Theorie der sozialistischen Marktwirtschaft ausgearbeitet. Dabei bemühe man sich um die Verbindung des Marxismus-Leninismus mit den Lehren von Mao und Deng Xiao Peng. Man habe die Erfahrung gesammelt, daß sich die Marktwirtschaft nicht überspringen lasse; aber es gehe immer um deren sozialistische Form. Diese sei dadurch bestimmt, daß das Volkseigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln Hauptfaktor bleibe, jedoch durch private Elemente ergänzt werde. Sozialismus chinesischer Prägung bedeute, die Marktwirtschaft zu fördern, so daß mehrere Eigentumsformen nebeneinander bestünden. „Wir nehmen in Kauf, daß manche damit schneller reich und auch Arbeitslose hervorgebracht werden - was wiederum die Organisation der Solidarität und der Versorgung erfordert.“ An der Bildung von Aktiengesellschaften sei nichts Schlimmes, wenn sich der Hauptteil der Aktien in der Hand des Staates und der Werktätigen befinde. Die Verteilung solle sowohl nach der Arbeitsleistung als auch nach dem eingebrachten Kapitalanteil erfolgen. Das Auslandskapital müsse mehr in die unterentwickelten nördlichen und westlichen Gebiete Chinas gelenkt werden; man bemühe sich, in anderen Ländern arbeitende chinesische Wissenschaftler sowie dort ausgebildete Studenten zur Rückkehr in die Heimat zu bewegen.

Für die Entwicklung der sozialistischen Demokratie würden als Prinzipien gelten: die Verteidigung des Sozialismus, die Treue zum Marxismus-Leninismus, die Anerkennung der Diktatur des Proletariats sowie die Akzeptanz der führenden Rolle der KPCh. Die Partei habe sich im Rahmen der Verfassung zu bewegen. Sie sei aus dem Volk hervorgegangen und müsse ihm dienen. Mit ihren z. Z. 58 Millionen Mitgliedern unterliege sie der öffentlichen Kontrolle. Bei der Reform des politischen Lebens stünden die Sicherung von Stabilität und Demokratie sowie die Achtung der Menschenrechte im Mittelpunkt. Bis 2010 solle die Ausarbeitung eines umfassenden Rechtssystems abgeschlossen werden. Probleme seien die Bürokratie und die Korruption.

In ihrer Außenpolitik gehe die VRCh davon aus, daß der Kalte Krieg noch nicht verschwunden sei, und daß die Sicherung einer friedlichen internatio-

nen Umgebung im Vordergrund stehe. In der lebhaften Diskussion stellte sich Eike Kopf zahlreichen Fragen. Nur einige der Antworten können hier wiedergegeben werden. So teilte er zur Rolle des Auslandskapitals mit, alle großen Weltfirmen seien inzwischen in China vertreten. Sie hätten eine 50jährige Garantie für die Nutzung des Bodens, auf dem ihre Werke stehen, und müßten die Pacht in Produkten bezahlen, so daß man heute fast überall modernste Kosmüter im Angebot finde. Allein 3 000 Unternehmen aus Taiwan besäßen Niederlassungen auf dem Festland, was einen gewissen Druck auf die Regierung in Taipeh ausübe. China sei der größte Kreditnehmer von IWF und Weltbank, aber auch deren verlässlichster Rückzahler. Die Devisenreserven der VRCh betrügen etwa 140 Mrd. Dollar (!). Peking habe sie eingesetzt, um Hongkong, das seit drei Jahren wieder zur Volksrepublik gehört, vor dem Strudel der ostasiatischen Währungskrise zu bewahren. Dies sei übrigens die einzige Form der Einmischung in die Angelegenheiten der ehemals britischen Kronkolonie gewesen, deren besonderen Status zu respektieren sich die chinesische Regierung für die Dauer von 50 Jahren verpflichtet habe. Eike Kopf: „Man stelle sich vor, die Alt-BRD hätte sich gegenüber der DDR ähnlich verhalten!“

Mehrere Fragen betrafen die konterrevolutionären Aktivitäten im Innern und von außen, denen die VRCh ausgesetzt ist. Als Einfallstore dafür dienten besonders die Religion (Tibet), die Minderheitenfrage, Hongkong sowie der Versuch, „unabhängige“ Gewerkschaften zu etablieren. Die Darstellung „regimekritischer“ Demonstrationen in den hiesigen Medien werde maßlos übertrieben. So sei z. B. bei Clintons Besuch in China das Leben ganz normal weitergegangen, und das Häuflein von Demonstranten habe man auf dem riesigen „Platz des Himmlischen Friedens“ kaum ausmachen können.

Sein Credo faßte Eike Kopf folgendermaßen zusammen: „Ich bin überzeugt, daß sich in China - nicht in Europa oder den USA - Entwicklungen vollziehen, die der ganzen Welt wichtige zivilisatorische Impulse geben werden“.

**Frank Mühlefeldt**

DER FALL MAURIN - POUM, FRANCO-PARTEI  
 Spanischer Politikrimi von Fntz Teppich  
 GNN-Verlag · ISBN 3-89819-014-5 · 9,90 DM

**Korrespondenz aus Athen****3. Treffen von Kommunisten der Balkanregion**

Besorgt über die Lage in der Balkanregion und nach wie vor entschlossen, die aggressiven imperialistischen Ziele zu durchkreuzen, haben sich die kommunistischen und Arbeiterparteien der südeuropäischen Halbinsel erklärt. Am 20. November fand in der jugoslawischen Hauptstadt Belgrad ihr 3. Treffen statt. Daran nahmen Vertreter folgender Parteien teil: KP Bulgariens, KP Bulgariens „Georgi Dimitroff“, Marxistische Plattform der Bulgarischen Sozialistischen Partei, Neue Kommunistische Partei Jugoslawiens, Neue Kommunistische Partei Jugoslawiens in Bosnien-Herzegowina, Neue Kommunistische Partei Jugoslawiens in Montenegro, Neue Kommunistische Partei Jugoslawiens in Mazedonien, Neue Kommunistische Partei Jugoslawiens in Slowenien, Neue Kommunistische Partei Jugoslawiens in Kroatien, KP Griechenlands, Union der Kommunisten Mazedoniens, KP Rumäniens.

In einer gemeinsamen Erklärung, die nach dem Treffen veröffentlicht wurde, heißt es u.a.: „Die Teilnehmer verurteilten erneut die imperialistische Intervention in Jugoslawien, erhoben Anklage gegen die Fortsetzung des schmutzigen imperialistischen Krieges mit anderen Mitteln sowie gegen die Handlungen der NATO und der EU zur weiteren Spaltung der Bundesrepublik Jugoslawien, zur Besetzung des Balkans durch die NATO sowie gegen den Terror im Kosovo. Sie forderten die Aufhebung der Sanktionen gegen die BR Jugoslawien und die Beendigung jedes Versuchs der Einmischung in deren Angelegenheiten. Die Teilnehmer verurteilten die neue Doktrin der NATO sowie den vereinbarten Stabilitätspakt für Südosteuropa.“

Diese Maßnahmen trügen zur Förderung eines regionalen imperialistischen Mechanismus bei, mit dessen Hilfe sich die EU, die USA und die NATO unmittelbar in alle Lebensbereiche des Balkans einmischen - angefangen von der Regierungsweise und der Wirtschaftspolitik bis hin zu Themen der nationalen Verteidigung und Sicherheit. Die Regierungen der Balkanländer, die diese Politik mitmachten, seien verurteilenswert. Die sich daraus ergebende Verschärfung der Volksprobleme und des Klassenkampfes machten „den Kampf für den Sozialismus und die Aktionseinheit der kommunistischen und anderen antiimperialistischen Kräfte noch notwendiger und aktueller“.

Die an dem Treffen teilnehmenden Parteien beschlossen die Verstärkung ihrer Bemühungen um - die Befreiung des Balkans von der NATO und die Beendigung der imperialistischen Interventionen;

- die Einstellung der Jagd auf und der Diskriminierung von Kommunisten und der Arbeiterbewegung der Region;

- die Organisierung des Kampfes der Völker gegen den Stabilitätspakt und für die Herstellung gleichberechtigter Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den Balkanländern ohne fremde Protektoren und oberste Schiedsrichter;

- die schnellere Entwicklung der kommunistischen und Arbeiterbewegung in der Region.

**Thanos Dimitriou**

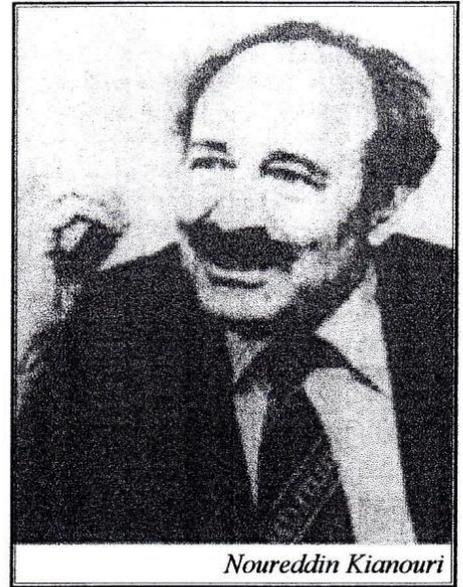
**DZ: Zum Tode des Genossen Nouredin Kianouri****Ein großer iranischer Revolutionär**

Am 5. November 1999 ist der frühere Erste Sekretär der Tudeh-Partei Irans, Nouredin Kianouri, im Alter von 87 Jahren unter Hausarrest verstorben. Genosse Kianouri war - wie die meisten Mitglieder des ZK der Partei - 1982 verhaftet und grausam gefoltert worden. Damals richteten sich besonders harte Schläge gegen die erneut in die Illegalität gedrängte Tudeh-Partei. Während das gesamte Parteivermögen beschlagnahmt wurde, warf Teheran mehr als zehntausend Kommunisten ins Gefängnis. Kianouri mußte 17 Jahre Haft ertragen. Aufgrund der Mißhandlungen war sein linker Arm gelähmt, einige Finger hatte man gebrochen.

Der 1915 geborene und im Ausland ausgebildete Architekt schloß sich 1942 der ein Jahr zuvor gegründeten Tudeh-Partei an und wurde 1947 in ihr Zentralkomitee gewählt. Nach einem mißglückten Anschlag auf das Leben des Schahs, an dem die Partei nicht beteiligt war, wurde Kianouri im Zuge der Illegalisierung kommunistischer Organisationen 1948 inhaftiert. Ein Jahr später konnten er und andere Genossen im Ergebnis einer Rettungsoperation des militärischen Flügels der Tudeh-Partei aus dem Gefängnis fliehen.

Während der Regierungszeit des bürgerlich-patriotischen Premiers Mossadegh (1951-1953) spielte Kianouri eine führende Rolle bei der Mobilisierung der iranischen Arbeiterklasse zur Unterstützung des Kabinetts und dessen Politik der Nationalisierung der Ölindustrie. Obwohl die Tudeh-Partei den Untergrund auch jetzt nicht verlassen konnte, hielt Kianouri bis zuletzt persönlichen Kontakt zu Mossadegh, der am 18. August 1953 durch einen von der CIA gelenkten Putsch gestürzt wurde.

Nachdem er zwei Jahre lang die illegale Organisation im Land geleitet hatte, ging Kianouri 1955 auf Beschluß der Partei in die Sowjetunion. Von 1957 bis 1979 lebte er in der Deutschen Demokratischen Republik. Von dort aus leitete er illegale Strukturen der Partei. Vor allem ihre im Geheimen wirkende Organisation Navid (Botschaft der Hoffnung) hatte großen Anteil an der Überwindung des Schah-Regimes durch die 1979er Revolution. Damals erschien die gleichnamige Publikation der Partei in einer Auflage von 250 000 Exemplaren. Kianouri, der 1979 als Erster Sekretär



*Nouredin Kianouri*

der Tudeh-Partei nach Teheran zurückkehrte, war ein leidenschaftlicher Verfechter der Einheit von Kommunisten und fortschrittlichen religiösen Kräften. Unter seiner Führung verwandelte sich eine kleine illegale Partei, deren Führer sich im Exil befanden, binnen zwei Jahren in eine Massenpartei mit zehntausenden Mitgliedern, die großen Einfluß auf das soziale und politische Lebens Irans ausübte. Vor dem reaktionären Gegenschlag im Jahre 1982 hatte die Tudeh-Partei - wie das regionale CIA-Handbuch über die kommunistische Weltbewegung auswies - ihre frühere Stärke (vor dem Putsch von 1953) wieder erreicht. Deshalb schlugen ihre Gegner mit äußerster Grausamkeit zu. Fast alle Mitglieder des Politbüros, die in die Hände des Teheraner Regimes fielen, wurden nach fürchterlicher Folterung 1987 summarisch hingerichtet und in Massengräbern verscharrt. In der iranischen Politik vollzog sich ein scharfer Rechtsruck. Unmittelbar nach den antikommunistischen Exzessen akzeptierte die Islamische Republik Iran die Bedingungen des Internationalen Währungsfonds für eine „Neustrukturierung“ der Wirtschaft des Landes.

Mit Genossen Nouredin Kianouri hat die Tudeh-Partei einen großen Revolutionär, einen ihrer fähigsten und weitsichtigsten Führer verloren. Sie wird in seinem Geist weiterkämpfen.

*(Korrespondenz aus Teheran)*

## Trojanische Pferde mit „humanitärem“ Schweif

## Die Mär von den Hilfsorganisationen

Humanitäre Hilfe, Hilfsorganisationen - staatliche und mehr noch nichtstaatliche -, „Cap Anamur“, „Ärzte ohne Grenzen“, Caritas usw. usf.: Kaum eine Nachricht aus Kriegen, Bürgerkriegen, Erdbeben- und anderen Katastrophengebieten, in der nicht von diesen scheinbar so menschenfreundlichen und unentbehrlichen Vereinen die Rede ist. Viele humanistisch gesinnte Menschen spenden ihnen Geld, andere engagieren sich aktiv im In- und Ausland für sie ... Hier sei nur am Rande bemerkt, daß Ausbeutung und Zerstörung die Existenzgrundlage und Geschäftsbedingung dieser Organisationen sind. Eine Vielzahl ihrer Funktionäre nutzt menschliche Solidarität aus, mästet sich wie Parasiten am Elend, profitiert davon, daß Pflasterchen auf Wunden geklebt werden, während das imperialistische Ungeheuer am anderen Ort neue reißt.

Humanitäre Hilfsorganisationen haben seit ihrem Aufblühen im Zusammenhang mit den Klassen- und Befreiungskriegen des Jahrhunderts auch eine ganz schwarze Seite: Einmischung in innere Angelegenheiten souveräner Staaten, Spionage und Diversion. Berühmt wurde die „Cooperation for American Relief Everywhere“ - abgekürzt als CARE bekannt - durch ihre mit antikommunistischer Propaganda verbundenen Pakete in die BRD und andere europäische Länder. So wurden 1947 für Italien bestimmten Paketen Briefe aus den USA beigefügt, die Verwandten und Bekannten italienischer Einwanderer das Paradies versprochen, wenn sie nicht PCI (IKP) wählen würden. Andernfalls die Hölle. J. F. Kennedy erfand nach dem Sieg der cubanischen Revolution gegen die wachsende anti-imperialistische Bewegung Lateinamerikas die „Agency for International Development“ - abgekürzt AID = Hilfe- und die sogenannte „Allianz für den Fortschritt“, in denen ein paar progressive „Entwicklungshelfer“ zur Tarnung der CIA-Aktivitäten auf dem gesamten Subkontinent dienten.

Die 89er Konterrevolution in Europa hat diesen Kräften ein neues Operationsgebiet beschert. Seit einiger Zeit bildet Jugoslawien hier den Schwerpunkt. Seine von der NATO anvisierte völlige Zerschlagung macht dieses Land zu einem Haupttummelplatz solcher „Helfer“. Die angeblichen Hilfsmaßnahmen tragen eindeutigen Charakter. Ihre Generallinie wurde von Clinton, Blair, Schröder und Fischer festgelegt: keinen Pfennig für die Menschen im nichtbesetzten Jugoslawien, solange sie mehrheitlich zu ihrer demokratisch gewählten Führung stehen und weiter Widerstand gegen die NATO-Kolonialisierung leisten.

Diese Linie der Selektion selbst humanitärer Hilfe muß in der eigenen Bevölkerung erst einmal durchgesetzt werden. Dazu dienen das Verschweigen oder die Verharmlosung der unter NATO-Schutz vollzogenen fa-

schistoiden Säuberung des Kosovo von Serben, Roma, Juden und anderen Jugoslawen durch die terroristische UCK und deren „Nachfolgeorganisation“. So gibt es z. B. für die BRD-Schulbehörden nur hilfsbedürftige „Kosovaren“. Versuche, Hilfe auch für jugoslawische Kriegsgesopfer zu organisieren, bedeutet Isolierung und Disziplinierung von Schülern und Lehrern. Manche von ihnen fürchten deshalb sogar um ihren Arbeitsplatz.

Ebenso wie die Caritas leitet der ASB (Arbeiter-Samariter-Bund) seine Hilfe ausschließlich in das besetzte Kosovo. Versuche, ASB-Verantwortliche zur Unterstützung von Menschen in anderen Teilen Jugoslawiens zu bewegen, wurden bisher nur ausweichend beantwortet.

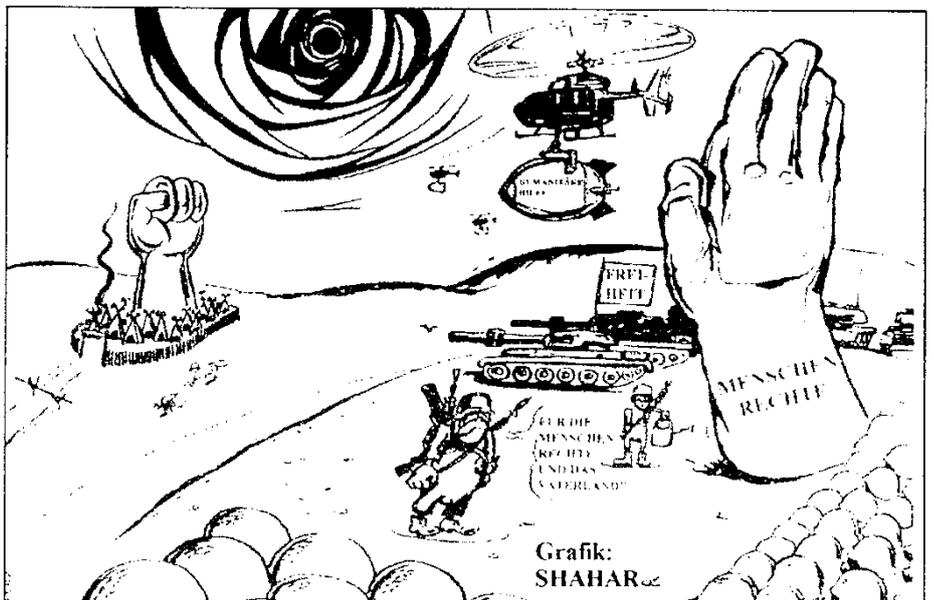
Auch CARE ist ganz auf der Linie aus seiner Vergangenheit geblieben. Schon während des NATO-Bombenkrieges konnte die jugoslawische Staatssicherheit ein Spionagenetz zerschlagen, das von einem als CARE-Mitarbeiter getarnten australischen Major geführt wurde. Es befaßte sich mit Zielmarkierungen für die NATO-Bomber. In der BRD wurde ein anderer CARE-Mitarbeiter bei dem Versuch enttarnt, sich in eine Jugoslawien-Solidaritätsgruppe einzuschleichen, um so ins Land zu gelangen.

Aufschlußreich ist auch das Dokument einer sich „VINA e.V.“ nennenden und in Bonn ansässigen „Hilfsorganisation“. Es umreißt ein „Projekt Kosovo“ mit dem „Kernstück ... Sanitätszentrum Gracanica u. a.“, das vom Auswärtigen Amt und der EU unterstützt werden soll und ausschließlich auf die Kooperation mit der serbisch-orthodoxen Kirche und „Mitarbeitern demokratischer Parteien“ orientiert. Dieses Projekt reiht sich in das taktische Konzept des Fischer-Ministeriums und der NATO-Organen ein, den jugoslawischen Staat zu unterminieren, indem Hilfe grundsätzlich nur an „oppositionelle“

Städte und Gemeinden vergeben wird, während man zugleich das Embargo gegen den Rest des Landes verschärft. Dieses Embargo schließt neuerdings auch die Lieferung jeglicher Mittel zur Beseitigung von Kriegsschäden - z. B. für Reparaturen an Heizkraftwerken! - ausdrücklich ein.

Die Tätigkeit einflußreicher Kreise der serbisch-orthodoxen Kirche geht über die Beteiligung an solchen Operationen, zu denen auch der Mißbrauch von Spenden und Hilfsgütern patriotischer Jugoslawen im Ausland und antifaschistischer BRD-Bürger gehört, weit hinaus. Sogar Waffenschmuggel ist mit im Spiel. Er dient der Unterstützung faschistischer Gruppierungen, deren erklärtes Ziel „die Ausrottung des Kommunismus und der Kommunisten“ bleibt. Das Bekenntnis einer sich „Serbische Befreiungsarmee“ nennenden Gruppe zu dem Attentat auf den aus dieser Richtung als „prokommunistischer Verräter“ bezeichneten Vorsitzenden der Serbischen Erneuerungsbewegung Vuk Draskovic deutet darauf hin, daß jeder ins Visier gerät, der nicht zum direkten Handlanger der NATO-Söldlinge vom Schlage Djindjics und seiner 5. Kolonne werden will. Es ist davon auszugehen, daß sich die NATO bei ihrem Plan, das „Milosevic-Regime“ zu beseitigen, längst auch auf den Übergang zum Terrorismus und zum verdeckten Krieg gegen Belgrad eingestellt hat. Ein jüngst bekanntgewordener und vom Westen sofort heftig dementierter Attentatsversuch auf den jugoslawischen Präsidenten ist ein weiteres Indiz dafür. Wie passend, daß gerade jetzt die vom „UNO-Beauftragten“ und NATO-Statthalter im Kosovo, dem UCK-Förderer und Serbenhasser Bernard Kouchner gegründeten „Ärzte ohne Grenzen“ der merkwürdigen Versammlung der „Friedensnobelpreisträger“ der jüngeren Zeit hinzugesellt wurden.

Werner Hoppe



RA Prof. Dr. Erich Buchholz befürchtet deutsches Normendiktat

## „Einheitlicher Rechtsraum Europa“

Der am 15. und 16. Oktober 1999 im finnischen Tampere abgehaltene „Sondergipfel“ der EU - des Europäischen Rates - zur Schaffung eines „echten europäischen Rechtsraumes“ wurde von der Bundesjustizministerin als „Erfolg für das Europa der Bürger und des Rechts“ und vom Bundesinnenminister als „größte Erfolgsgeschichte des ausgehenden Jahrhunderts“ gewürdigt.

Nun hatten in Tampere nur Vertreter westeuropäischer Staaten zusammengesessen. Wenn ich nicht schon damals in der Schule - immerhin dem Staatlichen Luisengymnasium - beschwindelt wurde, reicht Europa bis zum Ural. Aber gleichwohl, vielleicht wäre ein einheitlicher Rechtsraum in Westeuropa auch nicht schlecht?

Ich könnte dann, wurde mir erklärt, gegen einen französischen oder spanischen Schuldner ohne weiteres die Zwangsvollstreckung betreiben. Nun habe ich, wie wohl die meisten Bundesbürger, weder dort noch sonst in Westeuropa Schuldner; uns genügt hier schon, daß etwaige Zwangsvollstreckungen ins Leere stoßen oder bei pro forma „eigenständigen“ GmbH (Gesellschaften mit beschränkter Haftung!!) „mangelnde Masse“ ein Konkurs nicht eröffnet wird.

Ich erinnere mich: Als der Euro propagiert wurde, hieß es, nun werde es für die Touristen einfacher; sie müßten kein Geld mehr eintauschen. Daß der Euro nur oder vornehmlich wegen der Touristen eingeführt wurde, war für mich schon damals nicht überzeugend. Auf der Hand lag und liegt doch wohl ein ganz anderes Interesse, etwa das der „Wirtschaft“, gegen die zu regieren sich der neue Kanzler nicht imstande sieht (was die Leser des „RotFuchs“ ihm auch vorher hätten erklären können), und natürlich das der Banken. Ein besonderes Interesse an diesem „einheitlichen Rechtsraum“ in (West)europa dürften vorrangig die gleichen Kräfte haben - auch wenn der Vorgang (für die Öffentlichkeit) unter dem Motto der „Schaffung eines Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ läuft; es gehe um „Menschenrechte, demokratische Institutionen und Rechtsstaatlichkeit“, also um „gemeinsame Werte“ ... Um wessen Freiheit, Sicherheit und Recht geht es dabei?

Verräterisch-aufschlußreich ist schon, wenn man in dem betreffenden Papier weiterliest: Einer der Schwerpunkte dieses Unternehmens soll in der „Stärkung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“, in der „Entwicklung einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ liegen. Gegen wen denn? Wer bedroht Westeuropa?

Dann ist von der Fähigkeit die Rede, „globalen politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen zu begegnen“ - da kann es doch auch nur um die „Fähigkeit“ der „Wirtschaft“, der Banken usw. gehen.

Deutlicher und konkreter sind dann solche Ziele wie das „einer konsequenten Kontrolle der Außengrenzen zur Beendigung der illegalen Einwanderung“, und zwar auch unter Mithilfe von Eurodac, einem System zur Identifizierung von Asylbewerbern; es geht also, wie Ulla Jelpke die Sache beim Namen nannte, um „Repressionsmaßnahmen gegen Flüchtlingsströme“. Daß die Bekämpfung der organisierten Kriminalität (o.K.) als Schreckgespenst für die einfachen Menschen (nach USA-Muster) wieder herhalten muß, um den Ausbau des polizeilichen Unterdrückungsapparates zu begründen und schmackhaft zu machen, überrascht uns nicht, ist auch nicht neu. Es soll in der Union (EU) „keine Verstecke für Straftäter oder die Erträge aus Straftaten“ geben, auch nicht für „Geldwäsche“.

Offenbar haben Frau Däubler-Gmelin und Herr Schily (in Folge des Eintritts in die Bundesregierung?) vergessen, daß seit Jahrzehnten geläufig ist (auch ihnen geläufig war), daß eine gute Sozialpolitik die beste Kriminalitätsvorbeugung ist. Von Sozialpolitik aber findet sich in dem ganzen Tampere-Papier kein Wort.

Und was die ebenfalls angesprochene Bekämpfung des Schlepperunwesens und des Menschenhandels betrifft, so verfügt die Bundesrepublik bekanntlich über jahrzehntelange Erfahrungen mit der Förderung solcher Verbrechen - als es noch gegen die DDR ging.

Da diese „freie Marktwirtschaft“, wie den Lesern des „RotFuchs“ gut bekannt ist, alles zur Ware macht, auch Mädchen, gäbe es zur Genüge Empfehlungen, all dieser o.K., der Drogenkriminalität usw. den Garaus zu machen, namentlich keine Verstecke für Straftäter oder die Erträge von Straftaten zuzulassen, wenn man, was schon vor mehr als 150 Jahren bekannt war, die „Axt an die Wurzel des Verbrechens“ legen würde. (Engels 1845 in Elberfeld, MEW Bd. 2, S. 541) Da diese Axt dann aber auch die Freiheit und die gemeinsamen Werte der „Freien Marktwirtschaft“ treffen würde, verzichtet der Europäische Rat absichtsvoll auf eine aussichtsreiche Bekämpfung der Kriminalität.

Doch der Ausbau des europäischen Polizei- und Gewaltapparates ist ihm wichtig. EUROJUST soll (bis 2001) aufgebaut werden, ebenso eine Europäische Polizeiakademie.

Dabei sollte bei einer Betrachtung des europäischen Rechtsraumes folgendes nicht übersehen werden: Auch hierzulande ist es inzwischen kein Geheimnis mehr, daß die Polizei - entgegen der Rechtslage, nach der der Staatsanwalt „Herr des Ermittlungsverfahrens“ sei - die Staatsanwaltschaft führt und die Gerichte in der Regel dem folgen, was die Staatsanwaltschaft betreibt, so daß also letztendlich die Polizei oder gewisse Dienste die Justiz beherrschen.

Nun wird in der Tat auch eine Rechtsvereinheitlichung angestrebt - was ja nicht von vornherein schlecht sein muß. Indes ist es eine uralte Erfahrung, daß beim Zusammenschluß mehrerer ungleicher Personen, Organisationen, Unternehmen, Staaten usw. die jeweils Mächtigsten den Ton angeben. Die Bundesrepublik Deutschland gehört heutzutage unbestreitbar zu den Größten in (West)europa. Hinzu kommt, daß traditionell die deutsche Jurisprudenz enormen Einfluß auf das Rechtswesen und die Rechtswissenschaft in vielen Ländern ausübte und noch ausübt. Meine Sorge ist daher, daß die angestrebte (west)europäische Rechtseinheit eine deutsche wird.

Ist angesichts dessen die Annahme meines Bekannten, daß nunmehr das große Deutschland sich anschickt, den Zweiten Weltkrieg im Nachhinein doch noch (ohne Knobelbecher und Stukas) zu gewinnen, so abwegig? Es schaudert mich bei diesem Gedanken, der Tucholsky in Erinnerung ruft: „Wenn wir den Krieg gewonnen hätten ...“



Grafik: Heinz Herresbach

## Diskurs über wissenschaftlichen Sozialismus (15)

# Soziale Gerechtigkeit - was ist das?

Die Forderung nach „sozialer Gerechtigkeit“ gehört seit einiger Zeit zu den Agitationslosungen der PDS und anderer linker Parteien. Was ist darunter zu verstehen? Bei der klassenbedingt heterogenen Zusammensetzung ihrer „Anwender“ ist klar, daß dieser Terminus sehr unterschiedlich interpretiert wird. Ein Slogan der Grünen, groß plakatiert auf ihrem Kleinen Parteitag in Magdeburg (17.10.99), lautete z. B.: „Gerechtigkeit heißt Zukunft sichern“. In einem Leitantrag des Bundesvorstandes der SPD an den Dezemberparteitag wird verkündet: „Unsere Steuerpolitik zielt darauf, daß Starke und Schwache gerecht behandelt werden ..., daß große Vermögen ihren Beitrag für die Sicherung der Zukunft unserer Gesellschaft leisten.“ Gregor Gysi sieht in der durch ihn propagierten Vermögenssteuer einen „Akt sozialer Gerechtigkeit“.

Der inflationäre Gebrauch der Gerechtigkeitslosung veranlaßte wohl auch den Wissenschaftler Prof. Elmar Altvater (FU Berlin), sich zum Thema zu äußern. In einem Interview für den „Tagesspiegel“ (11.10.99) meinte er: „Soziale Gerechtigkeit ist eine derartige Verteilung von Lebenschancen, die es Menschen ermöglicht, sich zu entfalten.“ Die Ungleichheit der Verteilung sei größer geworden. Die Regierung müsse, wenn sie für Gerechtigkeit sorgen wolle, umverteilen. Prof. Herfried Münkler (Humboldt-Universität, Berlin) weist auf Wandlungen im Verständnis des Gerechtigkeitsbegriffes hin, wie er von der SPD verwendet wurde. Ursprünglich hätte er „das Erfordernis tiefgreifender Reformen in Staat und Gesellschaft“ betont. „Im Zeichen der Staatsverschuldung und der Herausforderungen des Sozialstaates“ sei er zu einer „Formel der Reformverhinderung geworden“. Die Gerechtigkeitsthese müsse „aus ihrer bisherigen Verbindung - Ansprüche von Gruppen und Verbänden gegenüber dem Staat - gelöst werden“. Bezüglich des „Kompetenzprofils der PDS“ erklärt Münkler, „daß mit der Leitnorm der Gerechtigkeit Einsparungen und Einschnitte immer im Vergleich mit den Einsparungen und Einschnitten bei anderen provozieren: Stärkere Schultern könnten größere Lasten bewältigen, lautet die gebräuchliche Formel“. („Tagesspiegel“, 28.10.99) Bei aller Unterschiedlichkeit der Standpunkte weisen sie eine Gemeinsamkeit auf. Es geht um Veränderungen in der Sphäre der Verteilung und Umverteilung des

gesellschaftlich erzeugten Nationaleinkommens innerhalb der kapitalistischen Produktionsverhältnisse.

Nun ist die Verteilung des Nationaleinkommens keine juristische, sondern eine ökonomische Frage. Rechtsbegriffe müssen aus den ökonomischen Verhältnissen erklärt werden und nicht umgekehrt. Die von linken Parteien und Gewerkschaften angeprangerten sozialen Ungerechtigkeiten sind Ergebnis des Widerspruchs zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und privater Aneignung. Im Kapitalismus verkauft der Lohnarbeiter seine Arbeitskraft als eine Ware, deren Wert durch deren Reproduktionskosten bestimmt wird. Wie jede andere Ware unterliegt sie dem Gesetz der Konkurrenz. Durch den ökonomischen Klassenkampf kann die Arbeiterklasse innerhalb der Distributionsphäre eine für sie günstigere Verteilung durchsetzen; aber nur zeitweilig. Denn das Gesetz der kapitalistischen Akkumulation macht jede erkämpfte Verbesserung ihrer Lage wieder rückgängig.

Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau sind Folge von Veränderungen in der organischen Zusammensetzung des Kapitals, in der eine beständige Zunahme seines konstanten auf Kosten seines variablen Bestandteils erfolgt. Sehr vereinfacht ausgedrückt: Mit dem Anwachsen der materiell-technischen Ausstattung der Produktionsstätten geht die Nachfrage nach Lohnarbeitern, die ihre Arbeitskraft verkaufen, drastisch zurück. Da der Wert der Arbeitskraft auch historisch bedingt ist, ihre Reproduktionskosten also regional äußerst unterschiedlich sind, kann das weltweite Überangebot an billiger Arbeitskraft die Lohnkosten senken und somit die Profitrate sowohl der Einzelkapitale als auch des Gesamtkapitals erhöhen. Letzteres ist angesichts des seit den 70er Jahren in der BRD nachgewiesenen tendenziellen Falls der Profitrate für die Kapitalisten eine Überlebensfrage. Dazu gehört auch die Subventionierung der Profitrate der Konzerne aus dem Staatshaushalt - auf Kosten sozialer Leistungen für die Werktätigen. Die Massenarbeitslosigkeit beiseitigen zu wollen durch Verkürzung der Arbeitszeit, um Arbeitsplätze zu schaffen, ist unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen genauso unmöglich. (Zeitweilige Entlastungen des „Arbeitsmarktes“ können hier außer acht gelassen werden.)

Mit dem Anwachsen des konstanten Ka-

pitals kann auch sein variabler Teil wachsen. Das bedeutet jedoch keineswegs die Einstellung von mehr Lohnarbeitern. Der



Zuwachs des variablen Anteils wird vom Einzelkapital durch ein erhöhtes Arbeitsquantum aus einer kleineren Anzahl von Arbeitern herausgepreßt. Das Kapital hat gar kein Interesse daran, diesen Zuwachs aus einer größeren Zahl von Arbeitern, selbst bei gleicher Lohnsumme, zu erreichen; in diesem Falle würden nämlich die Auslagen für den konstanten Teil des Kapitals verhältnismäßig zur Masse der zusätzlich eingestellten Arbeiter auch wachsen. Während also ein Teil der Arbeiterklasse zur Arbeitslosigkeit verdammt wird, nimmt die Überarbeit des anderen Teils zu. Dieses Verhältnis wird zu einem Mittel der Bereicherung der Einzelkapitale und beschleunigt die Produktion von Arbeitslosigkeit auf „einen dem Fortschritt der gesellschaftlichen Akkumulation entsprechenden Maßstab“. (MEW 23/666)

An diesem Zustand ändern alle Gerechtigkeitsforderungen und „Bündnisse für Arbeit“ keinen Deut. Dennoch sind solche Losungen politisch von Nutzen, wenn die Arbeiterklasse und andere Lohnabhängige im Kampf um deren Realisierung zu der Erkenntnis gebracht werden können, daß eine dauerhafte soziale Existenzsicherung unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen zwar für eine - mal größere, mal kleinere - Schicht von Werktätigen möglich, für ihre Masse jedoch unmöglich ist. Der Weg zur Gerechtigkeit führt allein über die revolutionäre Aufhebung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse.

**Ulrich Huar**

### Leseempfehlung:

*Karl Marx: Das Kapital Bd. I, 23. Kapitel. Das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation, Abschn. 1, 2, 3. In: MEW 23 640-670.*

*Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms, Abschn. 3. In: MEW 19 18-22.*

Bürgerrecht(s)ler als Chamäleons flunkern von SCHWARZ bis WEISS, ohne ROT zu werden!

**Karlheinz Effenberger.**  
Freitagswesler 1997

## Reporterskizzen (19)

# Das Flaggschiff

Als ich im Oktober 1967 - aus dem DDR-Außenministerium kommend - als „Oberstufen-Redakteur“ für den Bereich USA/Lateinamerika in der Abteilung Außenpolitik des ND anfang, wurde ich sofort ins eiskalte Wasser geworfen. Nur drei Tage nach meinem Eintritt in den Mitarbeiterstab des hochangesiedelten Blattes gab ich mit einer „Großreportage“ der besonderen Art mein Debut. Man schickte mich zu einer extrakräftigen Pressekonferenz in den Steinsaal des Nationalratsgebäudes am Thälmannplatz. Dort ging es um einen Mann, den das Westfernsehen als Bonner KGB-Residenten Jewgenij Runge dargestellt und als ranghohen Überläufer bezeichnet hatte. Der Oberstleutnant des sowjetischen Geheimdienstes und Träger hoher staatlicher Auszeichnungen der UdSSR habe sich „unter den Schutz der Bundesrepublik“ begeben, verlautete offiziell aus Bonn. Mit anderen Worten: des BND. Damals war so etwas ein Top-Ereignis, eine Scharte, die unbedingt ausgewetzt werden mußte. Schließlich konnte man nicht im entferntesten ahnen, daß eines Tages die Stunde X der Charakterlumpen und politischen Verräter im Dutzend anbrechen und noch ganz andere Chargen zum Gegner desertieren oder ihm hilfreich sein würden. So schoß man - und das ist im Klassenkampf legitim - in entsprechenden Fällen Sperrfeuer, was das Zeug hielt.

„Schöpf das Material, das man über die Identität dieses Mannes präsentieren wird, aus, überzieh aber nicht, und laß uns bald wissen, wieviel Platz du für deinen Bericht brauchst“, instruierte mich mein Chef. Im MfAA darauf geeicht, nur schlüssige Fakten gelten zu lassen, empfand ich das im Steinsaal Angebotene als mager. Die rührende Geschichte von dem ostpreußischen Landarbeiterjungen Eugen Runge, der nie in seinem Leben die drei Buchstaben KGB auch nur habe aussprechen können, erschien mir wenig überzeugend. Ich glaubte nicht an ihre argumentative Kraft. Damals wußte ich noch nicht um die Lebensweisheit des leitenden ND-Redakteurs und früheren Kundenschafters der UdSSR Georg Hansen, der in England neun Jahre im Knast gesessen hatte. Manchmal müsse man einfach auf den Busch klopfen und den Klassenfeind mit einer spekulativen Meldung herauslocken, riet er. Seine Devise war: „Sollen sie's doch dementieren!“ Neu und im taktischen Hakenschlagen unerfahren, rief ich die Redaktion an und übermittelte kurz und bündig: „War nur eine ziemlich kleine Sache. Schwache Argumentation. Dünnes Eis, auf dem man leicht einbrechen kann. Haltet mal einen zwei- oder dreispaltigen Keller auf Seite 2 frei.“

Gesagt, getan. Am nächsten Tag brachten wir eine recht ärmliche Meldung. Alle anderen Blätter aber brillierten mit ganzseitigen Reportagen, die den „ostpreußischen Landarbeiterjungen“ hochleben ließen. Ein Tiefschlag für das Zentralorgan. Nur die Tatsache, daß ich ein solches Greenhorn war, rettete mich vor dem sofortigen Rauschmiß. Zwei Tage lang begegnete ich mitleidlosen und vorwurfsvollen Blicken meiner erlauchten Vorgesetzten. Am dritten Tag sollte sich das dann schlagartig ändern. Der Überläufer Jewgenij Runge war nämlich im Westfernsehen aufgetreten und hatte die Original-Verleihungsurkunden seiner Orden in die Kamera gezeigt. Ruhe im Walde, hieß es nun. Der Name Runge ist ab sofort tabu. Ich hatte Schaden von der Zeitung abgewendet und galt fortan als eine Art Geheimtip für waghalsige Berichte.

Das war mein Anfang beim „Blatt“, als dessen Journalist ich in fast 25 Dienstjahren zuerst viel Kür und später nicht wenig Pflicht gelaufen bin. Doch was kam am Ende? Ich meine hier nicht die am 31. Dezember 1991 „im beiderseitigen Einvernehmen“ erfolgte Auflösung meines Arbeitsverhältnisses mit der rasch nach rechts driftenden „Sozialistischen Tageszeitung“, sondern die letzten Veranstaltungen der in Panik auseinanderlaufenden ND-Grundorganisation der SED-PDS. Damals - zur Zeit des als Sonderparteitag ausgegebenen Kongresses der siegreichen Parteiputschisten - gingen selbst manche ND-Redakteure wie Ratten von Bord, und es kam die große Stunde der Enthüllungen: „Stramme Genossen“ von gestern erwiesen sich als die Karrieristen der nächsten Brotherren und sangen schnell deren Lied. Auf die Vergeblichkeit der anderen spekulierend beteuerten sie, „die Dinge schon immer so gesehen“ zu haben.

Makaber war eine Parteiversammlung von Verlag und Redaktion, bei der sich André Brie als Redner produzierte. Dort stand ein Journalist, der immer nur die Spitzengarnitur eskortiert und seine Berichte stets vor Eintritt der von ihm geschilderten Ereignisse „vor-geschrieben“ hatte, tatsächlich auf und verlangte in der denunziatorischen Manier der Bürgerbewegten, alle Genossen, die jemals als IM tätig gewesen seien, sollten sich von ihren Plätzen erheben und offenbaren. Schließlich kam es im überfüllten Karl-Marx-Saal der ND-Druckerei, bei der wohl an die 2 000 Menschen beschäftigt waren, zu einer letzten öffentlichen Parteiversammlung. Drucker, Setzer, Metteure, Korrektoren, Redakteure, Kraftfahrer, Betriebsschutzleute, Verlagsmitarbeiter und technisches Personal drängten sich auf den Plätzen, erwarteten Antworten, forderten Rechenschaft,

wollten wissen, wie es weitergehen sollte. Viele im kochenden Saal waren ehrliche Genossen, einige sogar Kommunisten. Nicht wenige hatten fast ihr ganzes Berufsleben mit diesem Betrieb, mit dieser Zeitung verbunden. Jetzt bangten sie um ihre Arbeitsplätze. Wie wird sich schon bald die Frage der politischen Macht, wie wird sich die Eigentumsfrage entscheiden? Dieses Thema lag in der Luft.

Mit dem Karl-Marx-Saal verbanden wir so manche Erinnerung. Hier waren Auszeichnungen verliehen und Feste gefeiert worden. Hier hatten die Arbeiter in den Kurzpausen einen Imbiß eingenommen. Hier wurden Planberatungen abgehalten und Wettbewerbsziele verkündet. Am 40. Gründungstag der SED im April 1986 war Joachim Hermann - der blasse frühere ND-Chefredakteur und noch farblosere ZK-Sekretär - mit einer großspurigen Rede aus der Feder seines persönlichen Mitarbeiters aufgetreten, in der er „Neues Deutschland“ zur Erheiterung etlicher Zuhörer als „Flaggschiff der DDR-Medienarmada“ bezeichnet hatte.

All das war Vergangenheit. Jetzt brodelte es im Saal. Hier fand Klassenkampf statt - knallharter Klassenkampf unter Leuten, die einander schon keine Genossen mehr waren, obwohl sie noch dasselbe Parteibuch besaßen. Reiner Oschmann, damals 1. Stellvertreter, dann Chefredakteur und heute Pressechef der PDS-Bundestagsfraktion, der nach langjährigem Einsatz in westeuropäischen Staaten politisch ein anderer geworden war (er versicherte mir allerdings später in einem Brief, nie Kommunist gewesen zu sein), näherte sich den Problemen auf seine Weise. Er forderte Engagement für den Befreiungsschlag, der stattgefunden habe, und stellte das zum Untergang von Partei und Staat führende Geschehen in den leuchtendsten Farben dar. „Unsere friedliche Revolution ...“ Da bat ich ums Wort. Als Berichterstatter aus Portugal hätte ich zwischen 1974 und 1979 den Beginn einer Revolution und den Ablauf einer Konterrevolution minutiös erlebt. Ich wußte, wovon ich spräche. „Macht euch keine Illusionen, Genossen, Kollegen! Das, was sich gegenwärtig in der Deutschen Demokratischen Republik abspielt, ist eine klassische Konterrevolution mit allem, was dazugehört.“

Es gab Beifall und Buhrufe. Oschmann fiel mir ins Wort, warnte die Anwesenden vor den Parolen der „stalinistischen Betonköpfe“, der unbelehrbar Gestrigen, denen niemand mehr Gehör schenken dürfe. Die Versammlung ging in Tumulten zu Ende. Die Arbeiter und Intellektuellen blieben ohne die erhofften Auskünfte. Der Weg zum Kapitalismus war auch beim ND freigeschlagen. Der Gysi-Putsch in der Dynamo-Halle hatte im Haus am Franz-Mehring-Platz seinen Widerhall gefunden.

Klaus Steiniger

## Zu seltsamen Erklärungen des PCP-Führers Carlos Carvalhas

# Beunruhigendes aus Lissabon

Die Portugiesische Kommunistische Partei (PCP) besitzt seit Jahrzehnten in der revolutionären Weltbewegung einen ausgezeichneten Ruf. Sie gilt als eine der größten und kampferfahrensten kommunistischen Parteien. In den 48 Jahren der faschistischen Diktatur Salazars und Caetanos verfügte die von einem zuletzt 36köpfigen illegalen ZK geführte PCP trotz schwerer Kaderverluste über intakte Strukturen. Das befähigte sie, sich beim antifaschistischen Befreiungsaufstand am 25. April 1974 sofort an die Spitze der für einen politischen und sozialen Umbruch kämpfenden demokratischen Massenbewegung zu stellen. In den Jahren 1974/75, als in Portugal ein widerspruchsvoller revolutionärer Prozeß mit antikapitalistischer Stoßrichtung ablief und der unbestechliche Volksgeneral Vasco Gonçalves an der Spitze der Regierung stand, gehörten auch Kommunisten den Lissaboner Kabinetten an. Damals eroberte sich die PCP entscheidenden Einfluß in der nationalen Gewerkschaftszentrale CGTP-Intersindical und schuf sich - außer ihrer Parlamentsfraktion - auch eine solide kommunalpolitische Basis. Jahrzehntelang verwaltete sie ein Drittel des Landesterritoriums. Noch heute stellt sie in etwa 40 administrativen Kreisen die Landräte und Bürgermeister. Auch der Vize-Oberbürgermeister der Hauptstadt gehört der PCP an. Die alljährlich in der Quinta da Atalaia (Seixal) von ihrer Wochenzeitung „Avante!“ veranstaltete Festa mit hunderttausenden Teilnehmern gilt als bei weitem größtes Volksfest der Portugiesen. Das hohe Prestige der PCP war immer mit ihrer strategisch zielklaren und taktisch klugen Politik, ihrer Treue zum Marxismus-Leninismus, ihrer festen Position in Momenten zugespitzten Klassenkampfes wie im August 1968 verbunden. Kleine fraktionelle Gruppen, die hin und wieder einen „modernen Kommunismus auf portugiesische Art“ empfahlen, wurden von der PCP stets in die Schranken gewiesen. Bekannt ist vor allem der Fall von Zita Seabra, die zeitweilig der Politischen Kommission als Kandidatin angehörte. Die Rechtsabweichlerin stieß auf den geballten Widerstand der Partei. Für den von Schwankungen und faulen Kompromissen freien, zugleich aber flexiblen Kurs der PCP bürgte in erster Linie ihr überragender Führer und langjähriger Generalsekretär Genosse Alvaro Cunhal, der sich auch als Grafiker und Romanautor einen Namen gemacht hat. „Camarada Alvaro“, wie er von den 150 000 PCP-Mitgliedern und vielen parteilosen Arbeitern liebe- und achtungsvoll genannt wird, dürfte wie Dimitroff, Thorez, Togliatti,

Pieck u. a. in die Geschichte der europäischen kommunistischen Bewegung eingehen.

In den letzten Jahren mußte Cunhal aus Alters- und Gesundheitsgründen sein früheres Arbeitspensum (1-2 öffentliche Auftritte pro Woche) aufgeben. Er und die anderen traditionellen Führer der PCP machten den Weg für nachfolgende Generationen frei. Ein durchaus begrüßenswerter Schritt.

Mit dem heute 53jährigen Carlos Carvalhas wurde ein Mann aus der mittleren Altersstufe Generalsekretär, der seine Erfahrungen auf anderen Feldern als der von den Faschisten 13 Jahre eingekerkerte Cunhal gesammelt hat. Der studierte Ökonom war zunächst jüngster Staatssekretär in der Gonçalves-Regierung (Arbeitsministerium) und gehörte später längere Zeit dem Europaparlament an. Während Cunhal in seinen letzten großen Reden eindringlich das Festhalten am Marxismus-Leninismus einforderte, steht dieser Begriff dem Vokabular seines Nachfolgers offenbar nicht mehr zur Verfügung. Stattdessen ist neuerdings wieder die verdächtige Formel aufgetaucht, es gehe darum, die PCP in „eine moderne Partei“ zu verwandeln. Das ist bekanntlich ein Banner, unter dem auch Revisionisten in aller Welt zu agieren pflegen.

Unlängst hat Carlos Carvalhas mit einer Rede vor Aktivisten des Kommunistischen Jugendverbandes Portugals Furore gemacht. Die bürgerliche Presse des Landes sprach genüßlich von „Kapitulation der PCP“ und „Aufgabe wichtiger Positionen“. Die Erklärungen des Generalsekretärs, mit denen er sich von den historischen Leistungen der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder distanziert und das „Scheitern des sowjetischen Modells“ begrüßt habe, seien in der PCP unterschiedlich aufgenommen worden. In der Parlamentsfraktion habe nur die Abgeordnete Odete Santos dem Parteiführer widersprochen. Beunruhigendes aus Lissabon, doch kein Grund, das Kind mit dem Bade auszuschütten und die PCP „abzuschreiben“. Allerdings muß gefragt werden: Schwenken einige PCP-Verantwortliche auf die Bahn des längst verblichenen Eurokommunismus ein, der den historischen Parteien in Italien und Frankreich das Rückgrat gebrochen hat? Das stünde im krassen Gegensatz zur ganzen Geschichte der PCP. Doch auch PCI und PCF besitzen eine ruhmreiche Vergangenheit. Sie allein ist keine Versicherung auf die Zukunft. Aber sie ist ein Kraftquell für alle weiterhin standhaften Kommunisten im europäischen Westen.

(Korrespondenz aus Portugal)

## Wie man einen MeWeBe '92 handhaben sollte

### Nachhilfe für dumme Ossis

Immer wieder wird den Ostdeutschen das ihnen nach wie vor anhaftende „DDR-Staatsdenken“ vorgehalten. Es ist den Politikern durchaus zuzustimmen, daß die für die Gnade der Einheit Deutschlands zu Dank verpflichteten Ossis mit der „gewonnenen Freiheit“ noch gar nicht umzugehen wissen. Wahrlich, was die dem Weststandard angepaßten freiheitlich-demokratischen Spielregeln betrifft, werden die Ostdeutschen noch einiges hinzulernen müssen! Sogar Manfred Stolpe brachte man den Unterschied zwischen „Meinungsäußerung“ und „Behauptungsäußerung“ erst bei. Und auch der Normalverbraucher hatte widerstrebend zur Kenntnis nehmen müssen, daß die an einen Polizisten adressierte Bemerkung „Das kann aber Folgen für Sie haben!“, eine Anklage wegen „Widerstandes gegen einen Vollstreckungsbeamten“ nach sich ziehen könnte. Auch ist es nicht belanglos, ob man einem Polizisten mit den Händen in den Hosentaschen gegenübertritt oder die Hände aus einer hängenden in eine „arm-angehobene Lage“ bringt, um sich vor dem versehentlichen Hieb seines Knüppels zu schützen.

Was Wunder, daß den in den bundesdeutschen Polizeidienst übernommenen bildungsschwachen Ex-VPLern erst die Benutzung eines schlichten Trinkbechers von amtswegen beigebracht werden mußte, weil sie ihn sonst vielleicht als Gefäß ganz anderer Art verstanden hätten. Dem Leser sei der gute Rat erteilt, sich die nun folgende Instruktion, die uns auf verschlungenen Wegen erreichte, keinesfalls im Beisein eines Vertreters unserer Obrigkeit zu Gemüte zu ziehen, weil sich bestimmt ein verkeimter Gesetzestext auftreiben ließe, der das „Anlachen“ des Beamten in „Auslachen“ der Staatsmacht umdeuten ließe.

### Neue Dienstvorschrift für MeWeBe '92

Ab ... wird bei der Polizei Berlin der Mehrwegbecher MeWeBe '92 eingeführt.

#### 1. Allgemeines

Der MeWeBe '92 dient den Beamten zur Einnahme von Getränken und flüssiger Nahrung.

#### 2. Handhabung

Der Becher wird in ungenutztem Zustand im Schrank des Beamten aufbewahrt.

Fortsetzung auf Seite 20

Fortsetzung von Seite 19

## 2.1. Entnahme des MeWeBe '92

Nach dem Öffnen der Schranktür ergreift der Beamte den MeWeBe '92 wie folgt: Die linke Hand wird in Verlängerung mit dem linken Arm gleichmäßig nach oben geführt und erfäßt den MeWeBe '92 - Daumen von vorn, vier Finger von hinten - und umschließt diesen mit angemessener Festigkeit: Durch leichtes Anheben wird er gelöst und in einem Zug aus dem Schrank entfernt.

## 2.2. Benutzung

Der MeWeBe '92 wird nach der Füllung wie folgt benutzt: Mit der rechten (Rechtshänder) bzw. mit der linken Hand (Linkshänder) wird der MeWeBe '92 zum Mund geführt, um den Inhalt zu entnehmen. Dazu ist vorher der Mund zu öffnen und zwar so, daß der Unterkiefer um ca. 45 ° abgesenkt wird. Dadurch entsteht die sogenannte Mundöffnung.

**2.2.1. Kurzschluck** = Entnahme von ca. 1/4 des MeWeBe-Inhaltes

**2.2.2. Halbschluck** = wie oben, jedoch ca. 1/2

**2.2.3. Langschluck** = gesamter Inhalt ohne abzusetzen (sogenannter Ex)

Nach Gebrauch wird auf weitere Anordnung des Vorgesetzten gewartet.

## 3. Wartung und Pflege

Es wird empfohlen, den MeWeBe '92 nach jeder Benutzung zu reinigen.

## 4. Sicherheitsbestimmungen

Bei Heißgetränken werden Handschuhe empfohlen. Der Benutzer des MeWeBe '92 hat sich so zu verhalten, daß kein anderer geschädigt oder mehr als nach den Umständen unvermeidbar behindert wird.

Es wäre gut, wenn wir Oassis immer so genau instruiert würden, damit wir trotz unserer mentalen Zurückgebliebenheit mit dem kostbaren Gut - der Freiheit - besser umzugehen lernen.

P.S. Der Name des kooperativen Beamten, der unserem Polizeikorrespondenten **Paul Nowski** Einblick in die interne Dienstanweisung gewährte, ist der Redaktion bekannt.

### Anruf des Genossen

Dr. Holger Michael, z.Z. in Polen:

Habe einen guten Vergleich auf Lager: Vodafone will Mannesmann schlucken. Feindliche Übernahme nennen sie das. Nach diesem Muster vollzog sich 1990 die „Vereinigung“ von BRD und DDR. Es war eine feindliche Übernahme der DDR!

## Am Rande bemerkt

Das letzte RotFuchs-Rätsel im nun zu Ende gehenden Jahrhundert ist gelöst. Die RotFüchse bemühen sich, ihren lesenden und belesenen Freundinnen und Freunden auch in den hoffentlich noch zahlreichen folgenden Ausgaben immer wieder genug Stoff zum Nachdenken zu liefern - hin und wieder auch in Form eines Rätsels. Unsere Leserin Hanne List aus Nürnberg wußte diesmal die richtige Antwort (und wurde dafür mit einem Buchpreis belohnt):

Der Autor unseres Zitats (siehe RotFuchs Nr. 22) ist **Friedrich Engels**. Er schrieb es am 7. November 1883 (!) im Vorwort zur dritten Auflage des „Kapitals“ von Karl Marx, der der im Zitat erwähnte „Verfasser“ war.

Hanne List schreibt in Ergänzung ihrer Lösung weiter:

Vor vielen Jahren, als wir hier in Nürnberg noch die BASCH (Bayerische Arbeiterschule) und andere Seminare besuchen konnten, wurde im Rahmen der Frage „Wer oder was ist heute das Proletariat?“ auch der Begriff „Arbeitgeber“ definiert. Mit großem Staunen haben wir damals erfahren, daß dies kein neuer, moderner Begriff ist, sondern bereits Engels 1883 gegen diesen „landläufigen Jargon deutscher Ökonomen“ polemisierte. Ich war so überrascht, daß ich mir eine kleine Notiz machte, und heute, nach mindestens 15 Jahren, hilft sie mir beim Rätselraten.

Vielen Dank für Eure Arbeit im RotFuchs!

**Hanne List, Nürnberg**

## Richtigstellung eines weitverbreiteten Irrtums

Den Proletarier,  
den gibt's nicht mehr.

Wo ist er geblieben?

Man hat ihn umgeschrieben  
und nannte ihn den Arbeiter.

Den Arbeiter,  
den gibt's nicht mehr.

Hat man ihn verbannt?

Man hat ihn umbenannt,  
jetzt heißt er Arbeitnehmer.

Den Arbeit-Nehmer,  
den gibt es noch!

Denn ... einer muß ja nehmen,  
was die vielen schaffen  
(denkt der Unternehmer).

Warum aber heißt der,  
der unsere Arbeit nimmt  
(der Arbeit-Nehmer also),  
Arbeit-Geber?

Das ist so,  
weil die herrschende Sprache  
die Sprache der Herrschenden ist.  
Die Herrschenden aber  
fürchten die Wahrheit -  
sie betrügen die Beherrschten  
aus „gutem“ Grund:  
um die Herrschenden zu bleiben.

Wenn der Arbeiter,  
der seine Arbeit gibt  
(der eigentliche  
Arbeit-Geber also),

sich Bewußtsein schafft,  
dann wird er  
gemeinsam mit seinen Kollegen,  
seinen Klassenbrüdern,  
die Welt ändern und sie so  
zu seiner Welt machen.

(W. M., Juli 1975, unter Verwendung eines Textes des Werkkreises Literatur der Arbeitswelt)

\*\*\*

□ Im „Tagesspiegel“ vom 20. 11. schreibt E. B. über den Brecht-Schüler und Marxisten **Manfred Wewerth**: „Als sehr junger Mann hat er manchmal bei marxistischen Schulungen heimlich gedacht, so schlimm, wie der Kapitalismus immer dargestellt wird, kann er doch gar nicht sein. Als reifer Mann habe er nach der Übernahme der DDR, „nach der Kolonialisierung“, erkannt, daß der Kapitalismus „noch viel schlimmer und brutaler ist, als er in den Schulungen jemals dargestellt wurde“. Der RotFuchs bemüht sich mit seinen begrenzten Möglichkeiten dazu beizutragen, daß immer mehr „junge“ und „reifere“ Männer (und Frauen) dies ebenfalls erkennen, die nötigen Konsequenzen daraus ziehen und den Kampf für eine bessere Gesellschaft fortsetzen oder aufnehmen.

□ Im eigens zur Herausgabe dieses Buchs gegründeten Nordost-Verlag sind Filmkritiken von **Karl-Eduard von Schnitzler** erschienen - eine Auswahl aus von ihm in den Jahren 1955-1960 im „Filmspiegel“ veröffentlichten Arbeiten.

Es ist eine erstaunliche Lektüre, nicht nur für Filmkenner und Liebhaber von Werken wie „Berlin - Ecke Schönhauser“, „Sterne“, „Der Teufelskreis“, „Der Hauptmann von Köln“, „Das Lied der Matrosen“, „Schlösser und Katen“. Es galt in dieser Zeit, die neue Wirklichkeit kunstvoll und wahrhaftig darzustellen. Für den Filmkritiker stellte sich die Aufgabe, den filmkünstlerischen Realismus des Einzelwerkes zu bewerten, ihn zu messen an der historischen Wahrheit, den künstlerischen Prozeß zu fördern.

Karl-Eduard von Schnitzler erweist sich als Kritiker mit Fachwissen, großer Ehrlichkeit und Genauigkeit, der den künstlerischen Realismus vom Standpunkt des Sozialismus bewertet. Ihn verbindet Kenntnis und Liebe zu den Künstlern. Er weiß, wie sehr der Film eine Kollektivarbeit ist, und darum läßt er niemanden aus (bis auf den Dramaturgen). Man merkt ihm Freude an, wenn er loben kann. Dort, wo er Kritik anmeldet, soll sie befördern.

Erstaunlich ist, wie sich aus dem Wechselspiel von Wirklichkeitskriterium als Maßstab der Bewertung und der inhaltlichen und gestalterischen Wiedergabe des einzelnen Filmkunstwerks ein Zeitolorit ergibt, das über weite Strecken eine beeindruckende Aktualität gewinnt. Eine lesenswerte Sammlung.  
**Margit Schaumäker-Brückner**

*Karl-Eduard von Schnitzler: Meine Filmkritiken 1955-1960. Eine Auswahl. Mit Vorbemerkungen zur Entstehungsgeschichte dieses Buches und einem Geleitwort des Autors „Kunst ist Waffe“ vom 7. 10. 1999. 72 S., br., DIN A4, 15 DM. Nordost-Verlag, c/o Wolfgang Metzger, Essener Str. 21, 10555 Berlin*

## Briefe an „RotFuchs“



Liebe Redaktion sowie Leser des „RotFuchs“! Herzlich grüße ich Sie aus Polen - persönlich sowie im Namen des Bundes Polnischer Kommunisten „Proletariat“. Ich habe während der Konferenz „50 Jahre DDR“, die in Berlin-Karlshorst am 20. und 21. 11. 1999 stattfand, zahlreiche mir bekannte Genossen der DKP getroffen und freue mich, daß ihre Aktivität zunimmt, sich entwickelt und auch in solchen Veröffentlichungen wie dem „RotFuchs“ resultiert.

Diese Monatsschrift, die seit fast zwei Jahren herausgegeben wird, habe ich erst bei der Konferenz kennengelernt. Ich erhielt von Euch die Nummern 20 bis 22. Jetzt, zu Hause, in Wrocław, konnte ich sie in Ruhe lesen. Ich betrachte den „RotFuchs“ als eine sehr interessante, originelle, gut und professionell redigierte kommunistische Zeitung. Relativ umfangreich, mit verschiedenen journalistischen Genres. Es gibt viele interessante Materialien, Artikel, Kommentare, Erinnerungen, Fakten, Daten und zahlreiche Leserbriefe. Die Redaktion bemüht sich auch, die Zeitschrift mit Karikaturen - darunter russischen -, Fotos usw. zu bereichern. Ich finde, der „RotFuchs“ ist ein wichtiges Instrument der Parteiaktivität. Ich gebe meine Exemplare an die Genossen von unserem „Brzask“ (Morgen) weiter als eine Gelegenheit der Zusammenarbeit bei der Zeitschriften.

Ich wünsche Ihnen viele weitere Erfolge im Parteileben, in der Redaktionsarbeit sowie persönlich.

Alles Gute zum Neuen Jahr 2000 - besonders im Kampf gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus.

**Dr. habil Zbigniew Wiktor, Vorsitzender des Bundes Polnischer Kommunisten „Proletariat“**

\*\*\*

*Pat Turnbull ist Redakteurin der in London erscheinenden marxistischen Zeitschrift „Straight Left“. Sie schreibt uns:*

Liebe Genossen! Als Bürgerin Großbritanniens habe ich die DDR zwischen 1969 und 1990 mehrmals besucht. Ich lebte auch zwei Jahre in der damaligen BRD. Deshalb inter-

essiert mich die Debatte über DDR und BRD im „RotFuchs“.

Meine Meinung: Der Sozialismus nimmt alles in sich auf, was fortschrittlich und bewahrenswert ist. Die DDR übernahm z. B. das kulturelle Erbe des 18. und des 19. Jahrhunderts (Weimar); das Prinzip der allgemeinen Schulbildung, obwohl es unter dem Kapitalismus schlecht verwirklicht wurde; die moderne Großindustrie (Leuna, Buna) usw. Auf diesen und anderen Errungenschaften hat sie unter sozialistischen Bedingungen aufgebaut.

Die DDR hat auch völlig Neues entwickelt: Die Großindustrie wurde volkseigen; Theaterstücke, Romane, Filme, Lieder und Gedichte entstanden, die einer sozialistischen Gesellschaft dienen; das Bildungssystem wurde so verändert, daß sich die Arbeiterklasse richtig daran beteiligen und sein Inhalt ihr und somit auch der Wahrheit zugute kommen konnte.

Was hat der heutige Kapitalismus an „Besseren“? Mehr Konsumgüter - für viele, nicht für alle - und nicht unbedingt besser; Videos und Musik - oftmals eine Verschwendung der Arbeit der Arbeiterklasse; Hochtechnologie - aber auf dem Rücken der Ausbeuteten der ganzen Welt erschaffen, und meistens der herrschenden Klasse dienend, von Waffen bis zu vielen unnötigen Konsumgütern; bunte Straßen in den Stadtzentren - bunt, weil voller Reklame; (Der Alexanderplatz in der Hauptstadt der DDR gefiel mir viel besser!) Imbißstuben und Restaurants, nur keine würdigen Erholungszentren für die Arbeiter und ihre Familien; viele Autos, die Lärm und Schmutz für alle, Profite für wenige erschaffen, aber keine billigen und sicheren öffentlichen Verkehrsmittel; Auslandsurlaub für einen Teil der Werktätigen - für viele gar keinen Urlaub; eine Scheinpluralität von Zeitungen und Zeitschriften, von Rundfunkstationen und Fernsehsendern - nur eine vermeintliche Vielfalt, weil jede echte antikapitalistische Perspektive ausgeschlossen wird; viele Parteien bei Wahlen, nur fast keine wählenswerten.

Der Kapitalismus ist raffiniert. Er blendet die Arbeiterklasse, die sein Kapital schafft, meist mit leeren Vergnügungen, die zu ihrem echten Menschsein gar nicht beitragen, und die sie von der Wahrheit ablenken. Er ist im Wesen ein unmenschliches, schreckliches Gesellschaftssystem, das auf Privateigentum und Ausbeutung basiert. Ein System, das sterben muß, damit die Menschheit weiterleben kann.

Deswegen darf man die BRD und die DDR in keiner Weise gleichstellen. Und deshalb muß man sich nicht ewig für die Mängel der DDR entschuldigen. Hier bin ich mit Dieter Süverkrüp einig: Na, so ist unser Sozialismus ...

**Pat Turnbull, London**

«ΑΠΟ ΤΟΥ ΡΑΣΠΟΥΤΙΝ  
ΩΣ ΤΟΥ ΠΟΥΤΙΝ»

Διάρθρωση - Αρθρο του Ουόλφου του Σοσιαλιστικού Ρεπορτάζ του Γερμανικού ΚΚ

Die Zeitung „Rizospastis“ - Organ der KP Griechenlands (KKE) - brachte am 28. Oktober 1999 einen längeren Beitrag über eine Veranstaltung der DKP-Gruppe Berlin Nordost. Der Berliner Korrespondent des Blattes hatte ihm die Überschrift gegeben: „Von Rasputin zu Putin“.

\*\*\*

Liebe „RotFuchs“-Freunde, seit geraumer Zeit erhalte ich Eure Zeitschrift und lese sie mit zunehmendem Interesse. Die Beiträge helfen mir, mein marxistisches Weltbild zu bewahren. Ich wünsche Euch weiterhin ein erfolgreiches Wirken. Als Dank eine kleine Spende.

**Werner Großmann, Berlin**

\*\*\*

Aufwundersame Weise erhielt ich ein Probeexemplar des „RotFuchs“. Herzlichen Dank! Endlich eine Publikation, welche sich mit LINKS links auseinandersetzt. Leider kann ich von meiner an die Sozialhilfe grenzenden Rente keine Spende entrichten. Ich sende Ihnen dafür aber mein Büchlein „Umtriebiger“ mit der einmaligen Ausnahme, daß Sie IHREM Zweck entsprechende Texte daraus entnehmen und veröffentlichen dürfen.

**Ihr Karlheinz Effenberger, Schwerin**

*Bemerkung der Redaktion:*

Der „RotFuchs“ dankt dem bekannten Grafiker und Autor für diese Unterstützung und wird von dem Angebot gerne Gebrauch machen.

\*\*\*

Es zeigt sich: Wer sich (ob „dehmlich oder überheblich“) von Marx, dem er offenbar nie nahe war, entfernt, die Linken, die er nie verstand, belehren oder gar majorisieren will, die Klasse leugnet oder verleugnet, erreicht ohne Mühe sein Godesberg. Als Beilage eine Unterstützung für den „RotFuchs“, gerade jetzt. Weiter so!

**Karl-Heinrich Borchert, Berlin**

\*\*\*

Meine Meinung zum Leserbrief von Günther Buschow, Schwerin, „RotFuchs“ Nr. 22: Ich gehöre zu den „alten“ Genossen und bin vor gut einem Jahr aus der PDS ausgetreten. Ich war es leid, daß die „Alten“ ständig verbal beleidigt wurden und sich - z. B. von A. Brie - Lernunwillig- und -unfähigkeit vorwerfen lassen mußten. Dabei hat er anscheinend vergessen, daß die „Alten“ das Gros der Mitglieder stellen und die Wahlsiege der PDS nicht zuletzt ihrer Arbeit vor Ort zu verdanken sind.

Spätestens aber bei der derzeitigen Buhlerei um die Sympathien der CDU und der Diskussion über UNO-Militäreinsätze müßte

jedem PDS-Mitglied klar sein, wohin die Reise geht.

Ich halte also Deine Entscheidung, lieber Genosse Buschow, für folgerichtig und begrüße Dich in der großen Familie der „RotFuchs“-Leser!

**Eva Kolowrat, Berlin**

\*\*\*

Vielen Dank für die Zusendung des neuen „RotFuchs“. Er ist wie immer inhaltlich sehr gut und für mich eine notwendige Ergänzung zur UZ. Aus diesem Grunde werde ich jetzt vom Mitleser zum Abonnenten. Ich werde ihn zu folgenden Konditionen abonnieren: 2,50 DM pro Ausgabe + 1,50 Porto = 4 Mark. Ich bestelle den „RotFuchs“ zunächst bis zur Nr. 32, beginnend mit der Nr. 22. Die 44 Mark habe ich heute überwiesen. Noch eine Anmerkung zum Bericht über Michael Kot(h) in der Nr. 21: Das Geschwafel über die Tradition der Arbeiterbewegung, in der er sich angeblich mit seinem „deutschen Sozialismus“ befindet, ist gar nicht mal so neu. Diese Phrase benutzen schon seit Jahren die Nazis der NPD und ihr auf Strasser ausgerichteter Flügel, bzw. die Leute der NPD-Jugendorganisation JN, die sich auch „antikapitalistisch“ zu geben versuchen. Ich hoffe nur, daß junge Linke mit geringem Theoriewissen nicht den Nazis von Kot(h), der NPD oder sonstigen Rechtsradikalen auf den Leim gehen und einsehen, daß wir mit einem ausländischen Arbeiter mehr gemeinsam haben als mit einem deutschen Industriellen.

Ich verbleibe mit kommunistischen Grüßen und wünsche Eurer DKP-Gruppe sowie dem „RotFuchs“ weiterhin viel Erfolg. Klassenkampf statt Rassenwahn!

**Manuel Soler, Osnabrück**

\*\*\*

Ich habe durch Zufall Euren „RotFuchs“ in die Hand bekommen. Da Ihr eine gut ausgestattete Homepage habt, werde ich die Zeitung nicht abonnieren, sondern per Internet „beziehen“. Ich möchte Euch aber mit einer Spende unterstützen und bitte um entsprechende Angaben.

Und bleibt bitte dabei: Kommunisten sind Selbstdenker, nicht Vorstandssprecher.

Mit solidarischen Grüßen

**Lothar Hertzfeldt, Berlin**

\*\*\*

Ein großes Dankeschön an den „RotFuchs“! Mit Ungeduld erwarten wir Eure Artikel und Einschätzungen der aktuellen Ereignisse in Politik und Wirtschaft. Diese Orientierungshilfe durch Euch ist für uns wichtiger als mancher Lotto-Gewinn. Die verkauften und gekauften Bürger der neuen Bundesländer haben es nicht leicht, durch die nun schon seit einem Jahrzehnt über alle Massenmedien ständig verbreiteten Lügen noch eine lohnenswerte Perspektive für Kinder und Enkel zu erkennen. Ihr helft uns

sehr in dieser fast uferlosen Zeit, durch Klarsicht festen Boden unter den Füßen zu behalten. Es wäre unverantwortlich, wenn irgendjemand im Sinn hätte, uns diesen Kompaß zu nehmen.

Wir brauchen Eure Hilfe. Schon das Wissen, daß wir nicht allein sind, daß es eine Gemeinschaft von Menschen gibt, die die Mächtschaften des Großkapital trotz aller Tarnungsmanöver erkennen, erweckt in uns die Kraft und Zuversicht, unverdrossen um neue Mitstreiter für unsere gute Sache zu werben.

Der Imperialismus, der täglich andere Korruptionsfälle, Kapital- und politische Verbrechen produziert, wird leider von der Masse unserer Menschen noch nicht durchschaut.

Halte bitte diese kleine, inhaltsreiche Zeitschrift aufrecht. Die Möglichkeit ihres Versandes muß unbedingt gesichert werden.

**Manfred Wulf, Glauchau**

\*\*\*

Dank allen Freunden der „RotFuchs“-Redaktion für die vielen interessanten und anregenden Beiträge im Jahr 1999. Ich freue mich, daß im RF - im Unterschied zu anderen linken Zeitungen - noch der Klassenstandpunkt erkennbar ist. Eine heute auch in der Arbeiterklasse rare Position - sehr im Gegensatz zur Ausbeuterklasse, die immer unverschämter ihren Machtanspruch zum Ausdruck bringt.

**Horst Lebrecht, Berlin**

\*\*\*

Allen Kommunisten der DKP-Gruppe Berlin Nordost, insbesondere den Mitarbeitern des „RotFuchs“, wünsche ich ein erfolgreiches Jahr 2000. Es ist gut, daß es Euch gibt. Macht weiter so!

Mein Beitrag: 50 DM.

**Hartmut Steinke, Dresden**

\*\*\*

Mit Empörung haben die Mitglieder der DKP-Gruppe Niederlausitz das Urteil gegen Egon Krenz aufgenommen. Dieser politische Schauprozeß ist ein Skandal der deutschen Justizgeschichte. Da wird jemand nur deshalb verurteilt, weil er sich zu seiner Verantwortung für die Politik der Partei- und Staatsführung der DDR bekennt, während ein Herr Gorbatschow großkotzig als „Retter der Nation“ auftritt - als der eigentliche „Öffner der Mauer“. Soviel Verlogenheit und soviel Verrat stinken zum Himmel! Die Mauer in den Köpfen der Menschen ist heute höher als jenes Berliner Bauwerk vor 10 Jahren.

Wir fordern Freiheit für Egon Krenz, Irmgard Jendretzky und alle aus politischen Gründen inhaftierten Genossen sowie die Einstellung der entsprechend motivierten Verfahren gegen frühere DDR-Bürger.

**Rolf Weinhold, Hoyerswerda**

\*\*\*

Schick mir doch bitte die „RotFuchs“-Nummern 20 und 21 noch zu. Es sind die einzigen Exemplare, die mir seit der ersten Ausgabe

fehlen. Die Nr. 22 habe ich heute erhalten. Sie ist wieder große Klasse! Als Futter übersende ich Euch erneut 30 Mark.

**Manfred Schmidt, Naunhof**

\*\*\*

Im November-„RotFuchs“ wurde dazu aufgerufen, „jeglicher Diskriminierung ehemaliger MfS-Mitarbeiter entschieden den Kampf anzusagen“. Diese Forderung ist richtig. Auf ein interessantes Beispiel der Auseinandersetzung mit den MfS-Verleumdern will ich hier hinweisen. Es handelt sich um das Buch Horst Schneiders über Bautzens „Gelbes Elend“. Der Geschichtspräsident untersucht in neun Kapiteln die Chronik dieser Strafanstalt. Er widerlegt die Behauptungen von „Stasiknast“, „Stasihölle“ und „Stasifolterknechten“, setzt sich gründlich mit dem vom berühmten Hannah-Arend-Institut für Totalitarismus-Forschung an der TU Dresden herausgegebenen Broschüre „MfS-Sonderhaftanstalt Bautzen II“ und anderen diffamierenden Materialien auseinander. Eine solche Einrichtung gab es nicht. Interessanterweise schrieb sogar Richard v. Weizsäcker am 20. Februar 1992 in das Gästebuch der Stadt Bautzen: „Die Menschen wollen Aufklärung, nicht Abrechnung. Die Wahrheit soll ans Licht, damit Aussöhnung und Frieden möglich werden. Das geht nur durch Differenzierung. Pauschalurteile führen nicht zur Einsicht, sondern zur Verstockung.“

Dazu werden gegenteilige Meinungen von CDU und SPD wie auch von den sogenannten Opferverbänden verbreitet. Übrigens ist die „Stasi-Hatz“ eine Spezialität der BRD. Die FAZ, das Selbstverständigungsorgan des deutschen Kapitals, bemerkte am 20.12.97 nüchtern: „Kein ehemaliger kommunistischer Funktionär, Richter, Staatsanwalt oder Geheimdienstmitarbeiter ist in Rußland zur Rechenschaft gezogen worden; eine russische Gauck-Behörde gibt es nicht. Die durch die Vergangenheit Belasteten bleiben in die Gesellschaft integriert, weil ihre individuelle Schuld nie festgestellt wurde. Die meisten Russen sehen in dem Verzicht auf rechtliche Verfolgung das friedliche Miteinander der Generationen garantiert.“

**Günter Bergmann, Königs Wusterhausen**

\*\*\*

Herzlichen Dank für den ausgezeichneten „RotFuchs“ Nr. 22. Allen, die die Zeitung Monat für Monat unter komplizierten Bedingungen „produzieren“, wünschen wir alles Gute, Gesundheit und viel Mut für unsere politische Arbeit zur Stärkung einer DKP, die fest auf dem Boden des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus steht.

**Gerhard Müller, Neubrandenburg**

\*\*\*

Die Wende, die in Wirklichkeit Konterrevolution war, hat den Kapitalismus restau-

riert, viele Menschen entwurzelt und ihrer Existenz beraubt. Auch meine Familie machte diese bittere Erfahrung, so daß wir um der materiellen Existenz willen unsere mecklenburgische Heimat verlassen mußten. Meine Frau, bisher als Lehrerin im Schuldienst und zuletzt als Erzieherin im SWAPO-Kinderheim Bellin bei Krakow am See tätig, wurde 1990 nicht wieder entsprechend ihrer Qualifikation eingesetzt; man gestattete ihr nur noch 6 Stunden im Hort tätig zu sein - mit dem Gehalt einer Erzieherin ohne Ausbildung. Ihre Arbeit im SWAPO-Kinderheim war eine „politische Altlast“!

Um einer zu erwartenden Notlage zu entgehen, nahm meine Frau eine Anstellung als Erzieherin in einem Behindertenheim in Hamburg an. Zwei Jahre wurde gependelt, dann eine Wohnung gefunden, die uns wieder zusammenführte. (...)

Mir - bisher Stellvertreter des Direktors im Güstrower Kinder- und Jugendheim „Clara Zetkin“ - empfahl man, wegen meiner 60 Jahre in den Ruhestand zu gehen, da Personal und Kosten eingespart werden müßten. Blauäugig wie ich als gestandener DDR-Bürger war, nahm ich das Angebot an und stürzte damit in ein großes finanzielles Loch. Die Umsiedlung, so will ich diese Veränderung einmal nennen, fiel nicht leicht. Bekannte, Freunde und Genossen waren nun räumlich entfernt, das neue soziale Umfeld dürftig. Gleichgesinnte fand ich erst später in Bargteheide bei den Genossen der DKP, die mir eine politische Heimat gaben. Das ist eine kurze Darstellung unserer Biographien nach 1990.

Gerne würde ich mal wieder den „RotFuchs“ erwerben. Ein Exemplar hatte ich ja beim UZ-Pressefest erhalten. Später habe ich es einem Freund in Güstrow geschickt, der davon auch sehr begeistert war.

**Günther Trost, Ahrensburg**

\*\*\*

Lieber „RotFuchs“! Für uns ist es immer wieder wohltuend, wenn wir Deine Beiträge lesen und weiterverwenden können. Es wird stets deutlich, mit welcher Gründlichkeit sowohl bei historischen als auch bei aktuellen Themen gearbeitet wird, um die Wahrheit zu erhellen.

Anbei einen Bonus für Euer weiteres Erscheinen.

**Wolfram und Erika Lebede, Weimar**

\*\*\*

Liebe Genossen, am 6. November habe ich als Gast an der Bezirkswahlversammlung der DKP Brandenburg teilgenommen und dabei viel Gutes über den „RotFuchs“ gehört. Ich durfte mich in die Verteilerliste eintragen und habe schon am 9. November die Ausgaben für September und Oktober erhalten. Herzlichen Dank.

Wir hatten gegen Mittag beschlossen, Fernsehen und Radio an diesem „historischen

Tag des Mauerfalls“ nicht einzuschalten, weil wir einfach diese Lügen, diese demagogischen Reden und Heucheleien nicht mehr hören konnten. So kamen uns die „RotFüchse“ gerade recht. Unser Urteil steht fest: Die neuen Machthaber werden uns weder mit Repressalien noch durch Lügen beugen. Mit dem „RotFuchs“ ist es jedoch leichter, standhaft zu sein.

Herzliche Grüße und dazu unser kleines Startkapital.

**Hertha und Dr. Horst Franz, Eichwalde**

\*\*\*

Wir erwarten jeden „RotFuchs“ mit großer Sehnsucht. Gerne würde ich auch einmal etwas darin schreiben, es gibt so viele Fragen und eigene Gedanken dazu. Vielleicht bringt der Winter die Zeit, daß es mal klappt.

**Ingeborg Böttcher, Altlandsberg**

\*\*\*

Sehr geehrte Genossen, wir hätten gerne einige Ausgaben des „RotFuchs“, um ein eigenes Bild über diese Zeitschrift zu bekommen.

Mit kommunistischem Gruß

**Franz Siklosi (KPF), 1. Vorsitzender des PDS-Kreisvorstandes Bergstraße (Heppenheim)**

\*\*\*

Heute habe ich mir die Zeit genommen, die ersten vier Seiten des uns zugestellten PDS-Pressedienstes mit den „Thesen zur programmatischen Debatte“ durchzuarbeiten. Abgesehen von einer eigenartigen Sprache, wie sie meiner Meinung nach von Winkeladvokaten, verklemmten „Künstlern“ und anderen „sich verkannt glaubenden Genies“ gesprochen und geschrieben wird, ist der Inhalt erschreckend revisionistisch und unlogisch. Zum Glück ist da noch das „Minderheitenvotum“... Ich habe die Hoffnung, daß es Kräfte gibt, die weiterhin dialektisch denken können. Vielleicht erlebe ich noch die Marxistische Einheitspartei Deutschlands. Dann bin ich dabei.

Allen „RotFüchsen“ wünsche ich ein frohes Fest und ein erfolgreiches Jahr 2000. Möge der „RotFuchs“ auch künftig so streitbar im Sinne der einzigen am Leben geprüften Weltanschauung sein: des Marxismus-Leninismus.

**Günther Werzlau, Schwedt**

\*\*\*

Dank für alle „RotFüchse“! In Nr. 22 hat mich der Beitrag von Walter Florath (Leoparden in den Kaukasus!) besonders angesprochen. Ich übersende Euch eine kleine Spende.

**Ursula Münch, Strausberg**

\*\*\*

Sehr geehrte Redaktion! Ich werde aus den Parteienverhältnissen in Rußland nicht klug.

Nach Berichten des „RotFuchs“ sowie von „offensiv“ gibt es dort die KPRF mit Parteichef Sjuganow. Andererseits habe ich vor einiger Zeit gelesen, es bestünden noch mehrere Parteien unter dem Dach einer KPdSU. Die KPRF ist wiederum mit Organisationen von volkspatriotischen Kräften verbunden. Das weiß ich. Wie es aber um die KPdSU steht und mit wem sie zusammenhängt, darüber wird man aus den Berichten von „RotFuchs“ und „offensiv“ nicht schlau. Genausowenig wie man erfährt, ob diese Parteien an einem Strang ziehen oder nicht, ob sie in Konkurrenz zueinander stehen oder sich gar bekämpfen. Das hätte ich gerne gewußt. Vielleicht könnten Sie mal einen aufklärenden Artikel darüber bringen, wie die Verhältnisse sind. „Von Rasputin bis Putin“ habe ich gelesen. Das ist ja schon etwas.

**Wolfgang Wallenwein, Düsseldorf**

\*\*\*

**Kurzantwort der Redaktion:**

*Die bei weitem größte KP mit einer landesweiten Struktur ist die 550 000 Mitglieder zählende Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF). Die Russische Kommunistische Arbeiterpartei (RKAP), die in einigen Fragen vor allem taktisch abweichende Positionen vertritt, besitzt ebenfalls einen gewissen Einfluß. Andere kommunistische Parteien oder Gruppen verfügen über weitaus weniger oder gar keine Resonanz. Die Union Kommunistischer Parteien - Kommunistische Partei der Sowjetunion (UKP-KPdSU) ist die Dachorganisation der wiederhergestellten KPn - teils legal, teils illegal - sämtlicher früherer Sowjetrepubliken. Ihr gehören aus Rußland die KPRF und die RKAP an.*

\*\*\*

„Ob Kohl, ob Schröder, ganz egal, in Deutschland herrscht das Kapital!“ Dieser aus dem „Gießener Echo“ vom „RotFuchs“ übernommene Slogan ist eigentlich eine Binsenwahrheit, die aber von vielen Wählerinnen und Wählern noch nicht erfaßt wird. Sonst würden sie sich nicht auf das Wechselbad von CDU und SPD versteifen.

Bei bürgerlichen „freien Wahlen“ kann zwar eine Regierung abgewählt werden, aber nicht die herrschende Klasse; sie steht im Hintergrund und verschwindet nicht. Deren Interessen muß die gewählte Regierung vertreten - gleich, ob sie von der CDU oder von der SPD gebildet wird. (Sonst wird sie gerügt, wie das Kapitalvertreter Henkel gegenüber Schröder wegen seines anfangs zögerlichen Verhaltens in bezug auf die Fast-Pleite des Holzmann-Konzerns tat)

Es gibt zahlreiche Beweise dafür, daß bürgerlich-kapitalistische Wahlen im Prinzip nichts zu Gunsten der Arbeiterklasse ausrichten.

**Joachim Kaschig, Berlin-Reinickendorf**

*Herzliche Glückwünsche*

Wir reißen uns in den Kreis der Guten Wünschenden ein, um unseren allwetterbewährten Nordostlern **Brigitte, Lena** und **Sigmar** sowie **Günter** - dem besten Organisator aller Zeiten und scharfsinnigen Mitarbeiter des RF - zum weiteren Aufstieg in den Kreis lebensgereifter Leute von ganzem Herzen zu gratulieren. Stabilere Gesundheit wünschen wir unserem lieben Jubilar Genossen **Dr. Martin Dressel**.

## TERMINE & VERANSTALTUNGEN

### Einladung an alle, die es betrifft!

Am Samstag, dem 29. Januar 2000, findet im Haus am Franz-Mehring-Platz die

### Wahlberichtsversammlung der DKP-Gruppe Berlin-Nordost

statt.

Auf der Tagesordnung stehen der Tätigkeitsbericht des Gruppenvorstandes, die Diskussion darüber, mit der die Fortsetzung der am 26. 10.99 aus tragischem Anlaß abgebrochenen Debatte verbunden wird, sowie die Neuwahl der Leitung.

**Beginn: 10.30 Uhr.**

**Teilnehmer:** Alle Mitglieder der Gruppe und die eingeladenen Gäste.

**Allen Leserinnen und Lesern, allen Genossen und Kampfgefährten, allen Antimperialisten, den Völkern der ganzen Welt wünschen wir ein Jahrhundert des Friedens, der Freundschaft und der revolutionären Solidarität!**



Grafik: Arno Fleischer

### IMPRESSUM

HERAUSGEBER: DKP Berlin-Nordost

REDAKTEUR (ViSdP):

Dr. Klaus Steiniger

Teterower Ring 37

12619 Berlin

Tel. (030) 56 13 404

LAYOUT: K. Uwe Langer

### STÄNDIGE MITARBEITER:

Lena und Kurt Andrä,

Eberhard Bock

Matthias Bublitz

Wolfgang Clausner

Dr. sc. Sigmar Ebbach

Dr. sc. Gerhard Feldbauer

Arno Fleischer

Walter Florath

Katrin Hellwig

Werner Hoppe

Prof. Dr. Ulrich Huar

Dieter Itzerott

Monika Kauf,

Gerda Klabuhn

Prof. Dr. Eike Kopf

Wolfgang Metzger

Frank Mühlefeldt

Dr. Norbert Pauligk

Rainer Rupp

SHAHAR

Harry Schmitt †

Karl-Eduard v. Schnitzler

Dr. Hartwig Strohschein

Dr. Hans-Günter

Szalkiewicz

Herbert Thomas

Dr. Ing. Peter Tichauer

Rolf Vellay

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen und Wertungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.